

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 78 (1998)
Heft: 10

Rubrik: Dossier : Schere zwischen Arm und Reich

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Walter Krämer,
geboren 1948 in Ormont
(Deutschland), studierte
von 1969–1976 Mathe-
matik und Wirtschafts-
wissenschaften in
Mainz. 1984 Habilita-
tion in Ökonometrie an
der Technischen Uni-
versität Wien. Seit 1988
Ordentlicher Professor
für Wirtschafts- und
Sozialstatistik am Fach-
bereich Statistik der
Universität Dortmund.
Gastprofessor am Ma-
nagement Institute der
Fudan University, Shang-
hai. Zahlreiche Ver-
öffentlichungen zu Sta-
tistik, Ökonometrie und
Gesundheitsökonomie:
«Die Krankheit im Ge-
sundheitswesen», 1989;
«So lügt man mit Sta-
tistik», 1991; «Lexikon
der populären Irrtümer»
(mit Götz Trenkler)
1996.

ARMUT – WAS IST DAS ÜBERHAUPT?

Armut ist ein äusserst vieldeutiger, vager und je nach Frage anders zu bestimmender Begriff – das ist wohl die einzige nicht umstrittene Aussage in der ganzen modernen Armutsdiskussion. Wenn der Papst in seiner Neujahrsrede zum «Kampf gegen Armut» aufruft, gebraucht er zwar die gleichen Worte, meint aber nicht das gleiche wie die Bundestagsfraktion der PDS, die auf ihrer Internetseite die «zunehmende Verarmung» in der Bundesrepublik beklagt; wenn die «ZEIT» in einem «Arm im reichen Land» betitelten Artikel über Not und Elend in Europa berichtet, benutzt sie zwar die gleichen Worte, aber nicht die gleichen Inhalte wie ein Artikel über Armut in der «Times of India». Alle haben auf ihre Weise recht, aber alle reden über völlig disparate Dinge.

Wenn wir die Grimmsche Ausgangsbedeutung des deutschen Wortes «arm» zugrundelegen, als Ableitung des lateinischen «*miser* = elend, unglücklich», so ist derjenige arm zu nennen, der, aus welchen Gründen auch immer, Mitleid auf sich zieht, der keinen Mann bzw. keine Frau bekommt, der krank oder behindert ist, der ohne Kinder bleibt, der nicht lesen und nicht schreiben kann, die falsche Religion besitzt, keine Arbeit oder keine Freunde hat, oder der irgendwelche anderen von der Gesellschaft geschätzten materiellen oder immateriellen Güter nicht besitzt. Andere sehen Armut zunächst als eine Geisteshaltung, als einen ganz bestimmten *way of life*. Nach dieser «Subkultur-Theorie» der Armut sei letztere weniger durch das Einkommen oder das Vermögen als vielmehr durch das Verhalten und den persönlichen Charakter der Armen festgelegt; Armut wäre demnach gleichbedeutend mit einem Mangel an dem, was man gemeinhin als «Intelligenz» bezeichnet, als ein Unvermögen, sich selbst aus Zwangslagen herauszuhelfen.

Der «offizielle», in fast allen (semi-) amtlichen Armutsstatistiken benutzte Indikator für die Armut ist natürlich das Einkommen, einmal, weil das Einkommen wie kaum eine andere Variable den materiellen Wohlstand misst, zum anderen aber auch, weil Einkommen als Indikator auch für die übrigen oben angeführten Aspekte

der Armut gelten kann: «*Arm am Beutel, krank am Herzen*» schrieb schon Goethe, wer kein Geld hat, hat auch sonst im Leben nicht viel Freude.

Aber die Kriterien «Einkommen bzw. Vermögen» auf der einen und «subjektive Lebensfreude» auf der anderen Seite können sich auch widersprechen: Ist nun ein blinder, querschnittsgelähmter Multimillionär als arm oder als reich zu zählen? Ist Prinzessin «Fergie», die nach ihrer Ehescheidung in eine nach eigener Aussage «bescheidenere Bleibe» mit nur noch 20 Zimmern und 10 Domestiken übersiedeln musste, hinfällig «arm» zu nennen, so wie man in gewissen Magazinen lesen konnte, oder kann man Armut abseits von subjektiven Gefühlslagen auch an objektive Fakten koppeln? In welche Schublade ist die rauschgiftsüchtige Produzentengattin, der impotente Playboy einzuordnen? Wohin gehört der wegen Steuerbetrugs einsitzenden Grossverdiener oder die gutbürgerliche, aber einkommensarme Familie eines kleinen Beamten, der seine Kinder auf Kosten irdischer Genüsse jeden Morgen in die Schule, zuweilen auch ins Theater schickt, im Vergleich etwa mit einem finanziell weit besser gestellten «a-sozialen» Haushalt, der sich aus Dosen ernährt, nie wählen geht und viel Geld in Spielhallen und Pornohefte investiert? Der eine Haushalt ist zwar am Einkommen gemessen arm, aber sozial integriert und auf Aufstieg

programmiert; seine Kinder werden einmal mehr verdienen. Der zweite Haushalt verfügt zwar über mehr Ressourcen als der erste, ist aber sozial nicht integriert und wird über Generationen sein Milieu wohl kaum verlassen.

Hier zeigt sich ganz besonders deutlich die zweifelhafte Rolle von Einkommen und Vermögen als Mono-Indikator für die Armut. Denn oft ist Haushalten des zweiten Typs mit Geld alleine nicht zu helfen. So besteht etwa zwischen dem Einkommen auf der einen und sonstigen Indikatoren von Armut auf der anderen Seite (überfüllte Wohnung, Kinder müssen hungern, Strom und Telefon werden abgestellt usw.) der Armen in den Slums der amerikanischen Grossstädte allenfalls ein loser Zusammenhang, und ist es nicht in erster Linie der Mangel an finanziellen Mitteln, der die Kinder von Slum-Bewohnern zu schlechten Schülern und jungen Kriminellen macht. Vielmehr sind es der Mangel an elterlicher Aufsicht, das ungeordnete Zuhause, das Fehlen des Vaters.

Relative versus absolute Armut

Ein weiterer Streitpunkt ist die Frage, ob Armut an absoluten Kriterien oder relativ zu dem festzumachen ist, was die anderen haben oder können. Denn selbst wenn schon entschieden ist, ob Armut an Einkommen, oder an Gesundheit, oder an dem Ausmass der Kontrolle über das eigene Leben und die eigene Umgebung festzumachen ist, es bleibt immer noch die weitere Entscheidung, wo das die Armut definierende «Zu wenig» anfängt.

Sofern an Einkommen bemessen, wurde Armut bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts stets als etwas Absolutes angesehen: «Um einen landwirtschaftlichen Tagelöhner oder einen ungelernten städtischen Arbeiter und seine Familie im heutigen England arbeitstüchtig zu erhalten, bedarf es einer luftigen Wohnung mit mehreren Zimmern, warmer Bekleidung, wechselbaren Unterzeugs, guten Wassers, reichlicher Pflanzenkost, der Möglichkeit mässigen Fleisch- und Milchgenusses, einer kleinen Dosis Tee usw., einiger Bildungsmittel und einiger Vergnügenmittel», schreibt der einflussreiche englische Ökonom Alfred Marshall Anfang des Jahrhunderts. «Wo immer es der ungelernten Arbeit am einen

Mit dem
wachsenden
Wohlstand in
Europa entstand
aber zwischen
dem rein
ökonomischen
Existenzminimum
und dem
Einkommen der
meisten Bürger
eine Lücke.

oder anderen hiervon gebracht, leidet ihre Wirksamkeit genau so, wie die eines Pferdes durch schlechte Versorgung oder die einer Dampfmaschine durch mangelnde Kohlenzufuhr. Alle Konsumption bis zu dieser Grenze ist streng produktive Konsumption.»

Mit anderen Worten: Armut beginnt da, wo die «Kohlenzufuhr» nicht mehr reicht, wo die Funktion des Menschen als Arbeitstier gefährdet ist.

Es hat auch nicht an Versuchen gefehlt, das Ausmass dieser nötigen «Kohlenzufuhr» abzuschätzen: In einer bahnbrechenden Arbeit von 1901 bestimmt der Engländer Seeböhm Rowntree zunächst die minimale, für das nackte Überleben notwendige tägliche Kalorienmenge für Menschen verschiedenen Alters und Geschlechts (für einen erwachsenen, körperlich arbeitenden Mann etwa 3500), dann die preiswerteste Art, diese Kalorien zuzuführen (damals wöchentlich 3 Shilling für Erwachsene, 2 Shilling und 3 d für Kinder), dann die Minimalausgaben für Wohnung, Kleidung und diverse Haushaltsgegenstände (damals 4 Shilling 11 d), und erhielt so ein wöchentliches ökonomisches Existenzminimum für eine Familie mit drei Kindern von 1 Pfund, 1 Shilling und 8 d.

Nicht enthalten in diesem ökonomischen Existenzminimum: Ausgaben für Strassenbahn, Briefmarken oder Krankenversicherung «or any expenditure whatever upon moral, mental or social development». Trotz dieser restriktiven Armsutsdefinition waren 1899 in der von Rowntree untersuchten Stadt York im Norden Englands 18 Prozent der Menschen arm.

Mit dem wachsenden Wohlstand in Europa entstand aber zwischen dem rein ökonomischen Existenzminimum und dem Einkommen der meisten Bürger eine Lücke. So fand man etwa 1924 in einer Folgestudie zu Rowntree, dass bei Anlegen eines unveränderten Standards die Armut in York auf unter 5 Prozent gefallen wäre, Rowntree selbst meldet 1951 sogar ein Abfallen der Armut in York, gemessen an seinen eigenen Standards 50 Jahre früher, auf unter 2 Prozent, und diese sich immer weiter öffnende Schere zwischen ökonomischem Existenzminimum und Durchschnittseinkommen wurde dann vielfach als Appell gesehen, auch die Definition der Armutsgrenze diesem Wohlstandswachstum anzupassen, weg von einer rein öko-

nomischen hin zu einer mehr an sozialen Bedürfnissen angelehnten Begriffsbestimmung, mit anderen Worten, Armut relativ statt absolut zu definieren.

Die Extremposition ist hier, die Armutsgrenze an den Quantilen der Einkommensverteilung festzumachen (den Grenzen, die von den so- und soviel Prozent Ärmsten nicht überschritten werden). Dieser Vorschlag hat sich aber wenig durchgesetzt, weil dann völlig offensichtlich würde, was bei anderen relativen Definitionen noch notdürftig verborgen werden kann, dass nämlich dann die «Armut» *per definitionem* nie verschwindet: Definiert man die «Armutsgrenze» als das 20-Prozent-Quantil der Einkommensverteilung, sind immer genau 20 Prozent aller Menschen arm, und definiert man die «Armutsgrenze» als das 30-Prozent-Quantil der Einkommensverteilung, sind immer genau 30 Prozent aller Menschen arm. So wie der Teil eines Schiffes, der unter der Wasseroberfläche liegt, immer unverändert bleibt, ganz gleich wie hoch das Wasser in der Schleuse steigt, genauso bleibt auch die so gemessene «Armut» bei noch so hohem Wohlstand immer gleich (siehe Abbildung). Eine derartige a-theoretische, rein politisch-willkürliche Definition der «Armut» macht also das Bekämpfen dieser «Armut» zu einem aussichtslosen Unterfangen.

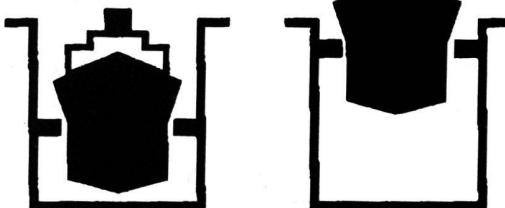
An Stelle von Quantilen wird in der angewandten Armutsforschung oft eine Grenze von 50 Prozent des Durchschnittseinkommens verwendet. Dann ist es zumindest theoretisch möglich, wenn auch praktisch eher selten, dass eine Erhöhung aller Einkommen die Armut reduziert (etwa wenn alle Einkommensbezieher die gleiche absolute Zunahme erfahren). Aber bei einer gleichmässigen prozentualen Erhöhung, etwa einer Verdoppelung aller Einkommen, bleibt der Anteil unter der Hälfte des Durchschnitts immer gleich, d.h. auch bei dieser Definition ist Armut niemals auszurotten.

Ein Ausweg: Armut als soziale Behinderung

Schon Adam Smith, der Urvater der modernen Wirtschaftswissenschaften, erkannte, dass Armut mehr ist als der nackte

Die sich immer weiter öffnende Schere zwischen ökonomischem Existenzminimum und Durchschnittseinkommen wurde vielfach als Appell gesehen, auch die Definition der Armutsgrenze diesem Wohlstandswachstum anzupassen.

Wie hoch auch immer das Wasser in der Schleuse steigt, es bleibt stets der gleiche Teil des Schiffes unterhalb der Wasserlinie.
Aus: Walter Krämer und Götz Trenkler, Lexikon der populären Irrtümer, Eichborn, Frankfurt/M. 1996, S. 28.



Hunger: «Unter lebenswichtigen Gütern verstehe ich nicht nur solche, die unerlässlich zum Erhalt des Lebens sind», schreibt er in seinem «Wealth of Nations», «sondern auch Dinge, ohne die achtbaren Leuten, selbst der untersten Schicht, ein Auskommen nach den Gewohnheiten des Landes nicht zugemutet werden sollte. Ein Leinenhemd ist beispielsweise, genau genommen, nicht unbedingt zum Leben nötig, Griechen und Römer lebten sehr bequem und behaglich, obwohl sie Leinen noch nicht kannten. Doch heutzutage würde sich weithin in Europa jeder achtbare Tagelöhner schämen, wenn er in der Öffentlichkeit ohne Leinenhemd erscheinen müsste». Diese Sicht der Dinge eröffnet einen Mittelweg zwischen den reinen Relativisten, die Armut mit Ungleichheit verwechseln, und ihren Gegenspielen auf der anderen Seite, die Armut rein veterinarmedizinisch zu erklären suchen. Denn diese «lebenswichtigen Güter» sind einerseits natürlich über Raum und Zeit variabel und zum Teil kulturbedingt, andererseits aber doch kurz- bis mittelfristig fest und absolut. «Die natürlichen Bedürfnisse (...), wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung usw., sind verschieden je nach den klimatischen und anderen natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes» schreibt Karl Marx im Kapital. Aber «für ein bestimmtes Land, zu einer bestimmten Periode, ist der Durchschnitts-Umkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben».

Dieser «Durchschnitts-Umkreis der notwendigen Lebensmittel» setzt sich zusammen, nicht aus Dingen, die man gerne hätte (das würde nur wieder das Phänomen der Ungleichheit in die Armutsmessung einführen), sondern aus Dingen, die man für das Funktionieren als soziales Lebewesen nach absoluten Massen braucht. Zum Beispiel braucht eine Familie auf Mallorca keine Heizung in der Wohnung, genausowenig wie dicke Mäntel und Winterstiefel für die Kinder; auch ohne diese Dinge ist sie niemals arm. Eine Familie in Stockholm dagegen ist ohne Heizung in der Wohnung und ohne dicke Mäntel und Winterstiefel für die Kinder arm. Diese unverzichtbaren Grundbedürfnisse hängen also einmal von der natürlichen, aber auch von der sozialen Umwelt ab. In einer mobilen, räumlich ver-

teilten Gesellschaft ohne öffentlichen Personen-Nahverkehr kann ein eigener PKW z.B. durchaus zu den Notwendigkeiten des Lebens zählen; ein Haushalt ohne PKW ist vom sozialen Leben der Gemeinschaft ausgeschlossen und damit in einem durchaus absoluten Sinne «arm». In einer eng vernetzten Dorfgemeinde dagegen ist ein eigener PKW zur Teilnahme am sozialen Leben überflüssig, ein Haushalt ohne Auto ist hier *nicht* in absoluter Weise «arm».

Auch Güter wie Radio, Fernseher und Telefon sind je nach sozialem und kulturellem Umfeld einmal zum Leben nötig und einmal nicht. In einem sozialen Umfeld, in dem Nachrichten traditionell per Ausrufer, Extrablatt oder Schwatz an der Haustür weiterfliessen, ist ein Telefon nicht zum Leben nötig und eine Haushalt ohne Telefon daher auch nicht absolut gesehen «arm». Wenn dagegen fast alle Haushalte einer Gemeinschaft über Telefon verfügen, verändert sich die Kommunikationsstruktur (Telefonkette: Heute fällt die Schule aus), ein Haushalt ohne Telefon ist dann auch absolut gesehen «arm».

Damit fliest der allgemeine Wohlstand durchaus auch in diese Armutsgrenze ein. Anders als in der schematischen x-Prozent-vom-Durchschnitt-Grenze wirkt dieser allgemeine Wohlstand aber *indirekt*: Nehmen wir einen Kühlschrank, ein ehemaliges «Luxusgut», das man in einer Gesellschaft, in der an jeder Strassenecke frische Lebensmittel feilgeboten werden, tatsächlich auch kaum braucht. Wird aber die Gesellschaft insgesamt gesehen reicher, mit Kühltruhen in jedem Supermarkt, welche die einstmaligen Frischkostanbieter vom Markt verdrängen, wird der Kühlschrank zur Notwendigkeit – je nach sozialer Umwelt ist ein- und dasselbe Gut einmal ein Luxus, den man eigentlich nicht braucht, und einmal eine für ein menschenwürdiges Dasein zwingend notwendige Sache. Es ist durchaus vorstellbar, dass eines Tages Bankgeschäfte oder Briefkontakte nur noch elektronisch angeboten werden; dann wäre ein menschenwürdiges Leben ohne PC und Internet nicht mehr zu führen, Menschen ohne diese Güter wären «arm» (und zwar nicht nur relativ zu ande-

Die unverzichtbaren Grundbedürfnisse hängen also einmal von der natürlichen, aber auch von der sozialen Umwelt ab.

Der zentrale Punkt ist dabei, dass diese Notwendigkeit eines Gutes für ein menschenwürdiges Dasein nicht unmittelbar davon abhängt, ob auch der Nachbar dieses Gut besitzt.

ren, sondern durchaus absolut: Ohne Internet-PC wäre eine Teilnahme am sozialen Leben nicht mehr möglich).

Der zentrale Punkt ist dabei, dass diese Notwendigkeit eines Gutes für ein menschenwürdiges Dasein nicht unmittelbar davon abhängt, ob auch der Nachbar dieses Gut besitzt. Die Notwendigkeit eines Gutes für ein menschenwürdiges Leben hängt einzig von den *eigenen* Entfaltungsmöglichkeiten ab, etwa der Möglichkeit, eine Nachricht zu versenden oder in vertretbarer Zeit von A nach B zu reisen.

Ohne Einfluss auf die Armut ist nach dieser Sicht der Nutzen, die subjektive Befriedigung, welche die Entfaltung dieser Möglichkeiten erzeugt. Ob jemand sich in einer Zwei-Zimmer-Wohnung subjektiv beengt vorkommt oder nicht, ob jemand seine Kleider mit Freude oder Widerwillen trägt, beim Essen Freude oder Überdruss, beim Besuch einer Kunstausstellung Langeweile oder Begeisterung empfindet, die Lektüre seiner Tageszeitung als Pflicht oder als angenehme Abwechslung betrachtet, eine Autofahrt geniesst oder als lästige Zeitverschwendug ansieht, alle diese subjektiven Gefühle spielen für die Armut keine Rolle. Armut ist nicht das Gegenteil von Glück. Vielleicht sind gewisse obdachlose Strassenkinder in Rio de Janeiro weit glücklicher als gelangweilte Millionärswitwen auf Golfplätzen in Kalifornien; aber trotzdem sind die Strassenkinder arm, die Millionärswitwen dagegen nicht. Für die Armut ist allein entscheidend, ob oder ob nicht ein Mensch zu gewissen Dingen – etwa einem ungestörten Schlaf mit einem Dach über dem Kopf – in der Lage ist, unabhängig davon, welchen Nutzen (welches Glücksgefühl bzw. welche Befriedigung) er oder sie dabei verspürt.

Damit ist Armut aber vom allgemeinen Wohlstand wie auch von Neid und subjektivem Wohlbefinden abgekoppelt und als eigenständige, wenn auch in der Praxis nicht immer leicht zu messende soziale Variable etabliert; man darf gespannt sein, ob diese Sicht der Dinge in einer wie kaum eine andere von Dummschwätzern und Demagogen dominierten Arena eine Chance hat. ♦

Robert E. Leu,
geboren 1946, studierte
Volkswirtschaftslehre an
der Universität Basel
und an der University
of Wisconsin, Madison.
Promotion 1977, Habili-
tation 1983. Ordentli-
cher Professor für
Volkswirtschaftslehre,
insbesondere ange-
wandte Wirtschaftsfor-
schung und Wirtschafts-
politik, an der Universität
St. Gallen 1986–1989,
an der Universität Bern
seit 1989.

ARMUT UND EINKOMMENSUNGLEICHHEIT: HAT MARX AM ENDE DOCH NOCH RECHT?

Im Rahmen der marxistischen Entwicklungstheorie finden sich zwei Thesen, die sowohl im Zusammenhang mit der Sozialpolitik in einzelnen Ländern als auch mit der internationalen Entwicklungspolitik immer wieder Anlass zu Diskussionen geben. Es handelt sich dabei um die absolute und die relative Verarmungsthese. Bei der absoluten Verarmungsthese ging Marx davon aus, dass sich die ökonomische Situation eines Grossteils der Bevölkerung mit der Entwicklung des kapitalistischen Systems verschlechtern werde, bis das Subsistenzminimum erreicht sei (Verelendung der Massen). Bei der relativen Verarmungsthese verschlechtert sich die wirtschaftliche Lage des Gros der Bevölkerung nicht mehr absolut, sondern nur noch relativ zu den Reichen im Land (den Kapitalisten bei Marx). In beiden Fällen wird irgendwann ein kritischer Zustand erreicht, der zur Revolution führt. Der Kapitalismus wird durch die klassenlose Gesellschaft abgelöst, bei der Einkommensunterschiede definitionsgemäß nicht mehr auftreten können.

Wir alle haben zur Kenntnis genommen, dass die marxistische Entwicklungstheorie ausgedient hat und nicht nur durch die ökonomische Theorie, sondern auch durch die realwirtschaftliche Entwicklung abschliessend widerlegt worden ist. Trotzdem bleiben die beiden Thesen, wenn auch auf anderem Hintergrund, aktuell. So stellt sich im Zusammenhang mit gewissen Entwicklungsländern (vor allem in Afrika) schon die Frage, ob da nicht ein Entwicklungsprozess zu beobachten ist, der zumindest im Ergebnis der absoluten Verarmungstheorie entspricht. In den hochindustrialisierten Ländern dreht sich die sozialpolitische Diskussion demgegenüber vor allem um Stand und Entwicklung der Einkommensverteilung. Die Frage dabei ist, ob die zu beobachtende, zunehmende Ungleichheit der Einkommensverteilung vom Ergebnis her nicht als langfristige Entwicklung im Sinne der relativen Verarmungsthese interpretiert werden kann. Im vorliegenden Beitrag soll die aktuelle Relevanz der beiden Verarmungsthesen am Beispiel der Schweiz näher untersucht werden. Dabei erscheint es als zweckmässig, zunächst kurz auf die Frage einzugehen, wie Armut heute mehrheitlich definiert wird.

In der internationalen Literatur mit Abstand am häufigsten verwendet wird das Konzept der Einkommensarmut. Arm ist ein Haushalt und damit alle darin lebenden Personen dann, wenn sein Einkommen, angepasst für Zahl und Altersstruktur seiner Mitglieder, unter eine bestimmte Grenze, die sog. Armutsgrenze fällt. Sobald die Armutsgrenze über dem absoluten Subsistenzminimum liegt, kann eine solche Grenze nicht mehr rein wissenschaftlich definiert werden.

Wird die Armutsgrenze beim Subsistenzminimum festgemacht, spricht man von einer absoluten Armsdefinition. Die Armutsgrenze ist dabei identisch mit dem Wert der Gütermenge, die zum physischen Überleben unentbehrlich ist. Viele Autoren definieren Armut demgegenüber in einem erweiterten Sinn als «menschenwürdiges Dasein innerhalb der Gesellschaft», als sozio-kulturelles Existenzminimum. Die Festlegung eines sozio-kulturellen Existenzminimums ist allerdings nur unter Rückgriff auf die in einer Gesellschaft vorherrschenden Anschauungen möglich. Sie beinhaltet eine Entscheidung darüber, in welchem Ausmass den Armen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zugebilligt werden soll. Die Höhe der Armutsgrenze ist damit auch vom Wohlstand der

Gesamtbevölkerung abhängig. Relative Armutdefinitionen schliesslich definieren Armut direkt in Relation zur Wohlstandsverteilung in der Gesamtbevölkerung. Armut wird hier also nicht mehr als materielle Unterversorgung, sondern als eine extreme Ausprägung sozialer Ungleichheit definiert. Im Vordergrund stehen dabei Armutsgrenzen in Höhe von 50 Prozent oder 60 Prozent des Medianeinkommens.

In der nationalen Armutsstudie¹ wurde schwergewichtig das Konzept der soziokulturellen Armut verwendet. Als Armutsgrenzen wurden einerseits die Ansätze der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), andererseits Anspruchsberechtigungsgrenzen für Ergänzungsleistungen zur AHV/IV verwendet. Für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern beispielsweise liegt die Armutsgrenze nach Steuern im ersten Fall bei 3740 Franken, im zweiten Fall bei 4450 Franken. Bei Verwendung der SKOS-Armutsgrenzen ergibt sich die Zahl der Armen 1992 mit 5,6 Prozent, bei Verwendung der EL-Grenzen mit 9,8 Prozent.

Absolute Verarmungsthese

Die absolute Verarmungsthese postuliert wie erwähnt, dass die materielle Unterversorgung der Armen im Zeitablauf zunimmt. Natürlich stehen uns keine repräsentativen Zahlen zur Verfügung, die sich auf die Jahrhundertwende beziehen. Die zahlreichen historischen Dokumente zur Beschreibung der damaligen Situation ebenso wie das weitgehende Fehlen der modernen sozialpolitischen Instrumente zur Armutsbekämpfung lassen aber keinen Zweifel offen, dass Arme (Einkommensschwache) heute über eine ganz andere Gütersorgung verfügen als damals.

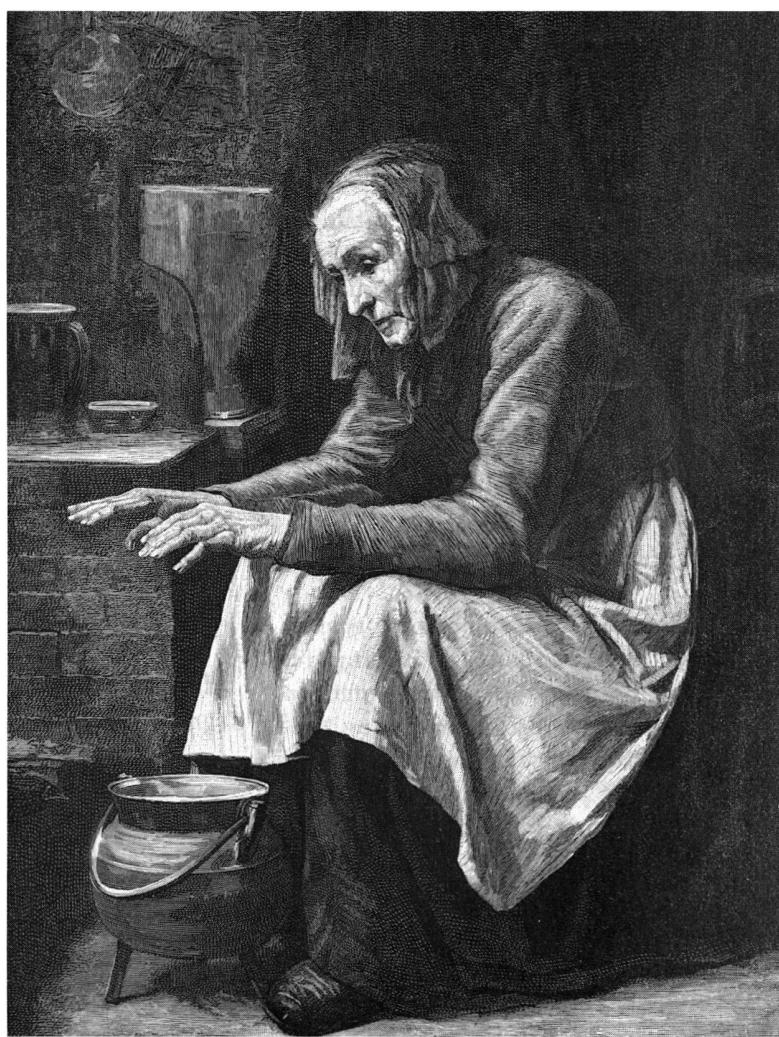
Einige Angaben zur Versorgungslage der Armen in der Schweiz 1992 unterstreichen diese Aussage. So verfügten 95 Prozent oder mehr der Armen (untere Armutsgrenze) über ein Telefon, ein Radio, einen Staubsauger und ein Bügeleisen. Einen Fernsehapparat besassen 92 Prozent, einen Plattenspieler/ Kassettenrecorder/CD-Spieler 81 Prozent, einen Fotoapparat 76 Prozent, ein Auto 72 Prozent, ein Fahrrad 69 Prozent, eine Nähmaschine 61 Prozent und einen Videorecorder 58 Prozent. Außerdem verfügten 97 Prozent über eine

¹ Robert E. Leu, Stefan Burri und Tom Priester, *Lebensqualität und Armut in der Schweiz, 2. Auflage, Haupt, Bern 1997.*

Albert Ankers Gotthelf-Illustrationen nehmen in vielfältiger Weise das Thema «Arm und Reich» auf. Die Abbildungen des Dossiers entstammen der Gotthelf-Gesamtausgabe, herausgegeben von Otto Sutermeister, Verlag F. Zahn, La Chaux-de-Fonds, o. J. «Die Grossmutter hat niemanden, der zu ihr sieht.»
Die Käserei in der Vehfreude.

Krankenversicherung (heute 100 Prozent), darunter 23 Prozent über eine Halbprivat- und 11 Prozent über eine Privatversicherung. 92 Prozent lebten in einer Wohnung mit Küche, Bad oder Dusche und Toilette, 93 Prozent verfügten über Kochherd, Backofen, Kühlschrank und Waschmaschine und 86 Prozent hatten Zugang zu einem Balkon oder Garten. Statistische Untersuchungen zeigen, dass die Einkommensschwächsten teilweise sogar mehr medizinische Leistungen konsumierten als die Reichen. Schliesslich ist auch das ganze übrige öffentliche Angebot zu erwähnen (Schulen usw.), welches auch den Armen zum Nulltarif zur Verfügung steht.

Diese beispielhafte Auflistung belegt mit aller Deutlichkeit, dass die heutigen Armen, bezogen auf den Versorgungsgrad mit materiellen Gütern, im Vergleich zu den Armen um die Jahrhundertwende auf einem hohen Niveau arm sind. Ob sie auch bezüglich sozialer Integration, Anämie- und Besorgnissymptomen (Angst und



Unsicherheit), psychischen Problemen usw. besser gestellt sind, muss dabei offen bleiben.

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung der Armutssquote, also des Anteils der Armen an der Wohnbevölkerung. Über das gesamte 20. Jahrhundert hinweg hat sich diese ohne Zweifel stark reduziert. Wie die Nationale Armutsstudie zeigt, hat sich dabei auch das Gesicht der Armut verändert. Insbesondere ist offensichtlich, dass wegen des Ausbaus der Altersvorsorge die Gleichung «alt = arm» heute nicht mehr stimmt. Im Gegenteil, Rentnerinnen und Rentner weisen ein deutlich geringeres Armutsrisko auf als die aktive Bevölkerung. Von Armut besonders betroffen sind Gruppen wie die Alleinstehenden, die Alleinerziehenden oder die niedrigqualifizierten Erwerbstätigen.

Die Entwicklung der Armutssquote in der jüngeren Vergangenheit kann mit Hilfe von repräsentativen Daten genauer untersucht werden. Wie die Nationale Armutsstudie zeigt, ist die Armutssquote zwischen 1982 und 1992 je nach Berechnungsart konstant geblieben oder leicht gesunken. Wegen des gut ausgebauten Sozialnetzes ist auch nicht anzunehmen, dass die Armutssquote seither stark angestiegen ist. Massiv angestiegen ist natürlich die Zahl der Transferempfänger (Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung). Gerade wegen diesen Sozialtransfers sind die Empfänger nach der hier verwendeten Definition aber nicht automatisch arm. Aufgrund dieser Überlegungen kann die absolute Verarmungsthese auch für die Armutspopulation in der Schweiz damit eindeutig verworfen werden.

Relative Verarmungsthese

Bei der relativen Verarmungsthese geht es nicht mehr um die Unterversorgung der Armen, sondern um den zunehmenden Unterschied in der Güterausstattung zwischen arm und reich. Im Zentrum des Interesses steht dabei die Einkommensverteilung und ihre Entwicklung.

Auch in diesem Zusammenhang können wir natürlich nicht auf Zahlen über die Einkommensverteilung um die Jahrhundertwende zurückgreifen. Außerdem sind Vorstellungen über die Distanz zwischen arm und reich aus historischen Dokumen-

Rentnerinnen und
Rentner weisen
ein deutlich
geringeres
Armutsrisko auf
als die aktive
Bevölkerung.

Tabelle 1: Mittelwerte und kumulierte Einkommensanteile pro Dezil* des verfügbaren Einkommens für 1982 und 1992

	Mittelwert		kumulierte Einkommensanteile	
	1982	1992	1982	1992
	in 1000 Fr.		in %	
1. Dezil	13.7	13.3	3.6	3.2*
2. Dezil	21.7	23.0*	9.2	8.6*
3. Dezil	25.8	27.8*	15.9	15.2*
4. Dezil	29.1	31.8*	23.4	22.7*
5. Dezil	32.7	35.6*	31.9	31.1
6. Dezil	36.6	39.7*	41.4	40.5
7. Dezil	40.8	43.9*	52.0	50.8
8. Dezil	46.0	49.6*	63.9	62.6
9. Dezil	53.3	58.8*	77.8	76.5
10. Dezil	85.6	99.3*	100.0	100.0*

*mindestens auf 5%-Niveau signifikant

Wegen des gut ausgebauten Sozialnetzes ist nicht anzunehmen, dass die Armutssquote seit 1992 stark angestiegen ist. Massiv angestiegen ist natürlich die Zahl der Transferempfänger.

SCHERE ZWISCHEN ARM UND REICH

ten nur schwer zu gewinnen. Fest steht allerdings, dass es den heutigen breiten Mittelstand in dieser Form damals nicht gab. Da die Armutssquote wesentlich höher lag und nur eine relativ kleine Schicht reicher Bürger existierte, ist anzunehmen, dass die Einkommensverteilung damals ungleicher war als heute. Für die jüngere Vergangenheit können wir die Entwicklung der Einkommensverteilung genauer untersuchen, weil entsprechende Daten verfügbar sind. Für die Schweiz existieren repräsentative Daten für die Jahre 1982 und 1992. Diese wollen wir als nächstes unter die Lupe nehmen.

Tabelle 1: Mittelwerte und kumulierte Einkommensanteile pro Dezil* des verfügbaren Einkommens für 1982 und 1992

	Mittelwert		kumulierte Einkommensanteile	
	1982	1992	1982	1992
	in 1000 Fr.		in %	
1. Dezil	13.7	13.3	3.6	3.2*
2. Dezil	21.7	23.0*	9.2	8.6*
3. Dezil	25.8	27.8*	15.9	15.2*
4. Dezil	29.1	31.8*	23.4	22.7*
5. Dezil	32.7	35.6*	31.9	31.1
6. Dezil	36.6	39.7*	41.4	40.5
7. Dezil	40.8	43.9*	52.0	50.8
8. Dezil	46.0	49.6*	63.9	62.6
9. Dezil	53.3	58.8*	77.8	76.5
10. Dezil	85.6	99.3*	100.0	100.0*

*mindestens auf 5%-Niveau signifikant

Tabelle 1 zeigt in den beiden ersten Spalten die Verteilung des durchschnittlichen Äquivalenzeinkommens nach Dezilen. Unter Ausklammerung der bedarfsabhängigen Sozialleistungen (in den Daten für 1982 nicht verfügbar) stieg das äquivalente Durchschnittseinkommen im betrachteten Zeitraum von 38 600 auf 42 260 Franken. Von diesem Einkommenswachstum vermochten allerdings nur die obersten neun Dezile zu profitieren. Im untersten Dezil (bei den einkommensschwächsten 10 Prozent der Bevölkerung) blieb das Einkommen konstant (Abnahme statistisch nicht signifikant). Die Spalten drei und vier zeigen die kumulierten Einkommensanteile nach Dezilen. Die beiden Zahlen in der ersten Zeile besagen zum Beispiel, dass 1982 auf das unterste Einkommensdezil 3,6 Prozent des gesamten Einkommens entfielen, während dieser Anteil 1992 nur noch 3,2 Prozent betrug. Insbesondere ergibt sich, dass die Einkom-

mensanteile der vier untersten Dezile signifikant abgenommen haben. Damit haben diese vier Dezile relativ zu den übrigen Dezilen Einkommensanteile eingebüßt. Die Anteile der Dezile fünf bis neun blieben unverändert. Lediglich das oberste Dezil konnte seinen Anteil steigern. Damit ergibt sich die Schlussfolgerung, dass die Ungleichheit in der Schweiz zwischen 1982 und 1992 eindeutig zugenommen hat. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich seit den achtziger Jahren in den meisten industri-alisierten Ländern, wenn auch in unterschiedlichen Ausmass, feststellen.

Interpretation

Grundsätzlich stellt sich erstens die Frage, welche Bedeutung der Tatsache zukommt, dass die Einkommen in der Bevölkerung ungleich verteilt sind. Die Vorstellung, dass sich die Menschen vor allem an ihrem relativen Einkommen orientieren, wurde vom amerikanischen Ökonomen *James Duesenberry* bereits in den sechziger Jahren in die Diskussion eingebracht. Im vorliegenden Zusammenhang interessiert vor allem die Frage, welche Relevanz die relative Einkommenshypothese bei der einkommensschwachen Bevölkerung aufweist.

In zahlreichen Untersuchungen, unter anderem auch in der Nationalen Armutsstudie in der Schweiz, konnte gezeigt werden, dass sich die Armen vor allem am Einkommen von Personen in ähnlichen Verhältnissen orientieren. Subjektiv fühlen sie sich offenbar relativ gut, wenn es ihnen nicht schlechter geht als diesen Bezugspersonen, wenn sie sich gegenüber dem Vorjahr nicht verschlechtert haben und auch für das kommende Jahr keine Verschlechterung erwarten. Ob die obersten 5 Prozent oder 10 Prozent der Bevölkerung zulegen, scheint dabei keine Rolle zu spielen. Aus diesen Ergebnissen folgt, dass das Ausmass der Einkommensungleichheit zumindest für die Armutsbewölkerung von eher geringer Bedeutung zu sein scheint. Dies bedeutet natürlich nicht, dass eine weniger ungleiche Einkommensverteilung für andere Bevölkerungs- bzw. Wählergruppen nicht trotzdem ein wichtiges politisches Ziel darstellen kann.

Eine zweite Feststellung bezieht sich auf die normative Aussagekraft von Kennzif-

Man sollte im Sinne einer umfassenden Beurteilung nicht nur die Verteilung, sondern auch Niveau und Entwicklung der Einkommen berücksichtigen.

fern zur Einkommensverteilung. Der Sachverhalt lässt sich am besten an einem hypothetischen Beispiel veranschaulichen. Betrachten wir zwei Länder, A und B. In Land A sei die Einkommensverteilung sehr ungleich, weil eine Reihe extrem reicher Menschen darin wohnen. Gleichzeitig verfüge aber auch der ärmste Haushalt noch über mindestens 100 000 Franken pro Jahr. Land B habe demgegenüber eine relativ gleichmässige Einkommensverteilung. Die Bevölkerungsmehrheit lebe knapp über dem Existenzminimum, und nur wenige seien leicht besser gestellt. Welche Situation soll nun als besser im Sinne von politisch vorzugswürdig eingestuft werden? Wie problematisch es ist, sich nur auf die Verteilung zu konzentrieren, wird offensichtlich, wenn wir das Beispiel noch weiter führen. Die wirtschaftliche Lage in Land B verschlechterte sich für alle Bewohner im gleichen relativen Ausmass. Bei den Ärmsten bricht damit eine Hungersnot aus, aber die Verteilung bleibt unverändert. Hat eine relativ gleichmässige Einkommensverteilung in diesem Fall tatsächlich noch einen eigenen Stellenwert?

Dieses Beispiel ist zugegebenermaßen etwas extrem. Es macht aber zwei Dinge deutlich. Einmal sollte man im Sinne einer umfassenden Beurteilung nicht nur die Verteilung, sondern auch Niveau und Entwicklung der Einkommen berücksichtigen. Tut man das für die Schweiz, dann zeigt sich, dass die Verteilung von 1992 derjenigen von 1982 vorzuziehen ist. Anstelle einer Verschlechterung ergibt sich im betrachteten Zeitraum eine Verbesserung. Zum anderen besteht zwischen Einkommensverteilung auf der einen und Wirtschaftswachstum auf der anderen Seite ein *Trade-off*. Insbesondere kann forcierte Umverteilung das Wirtschaftswachstum und damit mittel- und langfristig das Wohlstandsniveau negativ beeinflussen.

Eine dritte Feststellung ist, dass die Einkommensverteilung offensichtlich nicht seit Beginn des Jahrhunderts stetig ungleicher geworden ist. In der Nachkriegszeit dürfte die Einkommensungleichheit aus verschiedenen Gründen (forcierter Ausbau des Wohlfahrtsstaates, Heranwachsen eines breiten Mittelstandes) vorerst abgenommen haben. Erst in den achtziger Jahren hat sich dieser Trend umgekehrt. Genauso,

wie man die Entwicklung bis zu den achtziger Jahren nicht in alle Zukunft extrapoliieren konnte, sollte man auch den Trend der achtziger und neunziger Jahre nicht vorschnell einfach fortschreiben. Dies aus zwei Gründen. Einmal gibt es Anzeichen dafür, dass sich dieser Trend wieder abzuflachen beginnt. Vor allem aber sollte man eine Trendextrapolation nicht vornehmen, wenn man nicht wenigstens die wichtigsten Faktoren kennt, die diesen Trend verursachen. Und gerade da tappt man im Moment noch weitgehend im Dunkeln.

Ein *erster* Erklärungsfaktor liegt in der zunehmenden Spreizung der Löhne und damit der Erwerbseinkommen. Wie überall auf der Welt ist auch in der Schweiz die Nachfrage nach unqualifizierter Arbeit zurückgegangen. Dies hat einerseits dazu geführt, dass diese Personengruppe unter den Arbeitslosen übervertreten ist. Andererseits sind auch die Löhne in diesem Segment des Arbeitsmarkts zumindest relativ gesunken. Würde diese Entwicklung längerfristig anhalten, könnte die zunehmende Einkommensungleichheit – soweit sie auf diesen Grund zurückzuführen ist – als Evidenz für die relative Verarmungshypothese interpretiert werden.

Eine *zweite* mögliche Ursache für die zunehmende Einkommensungleichheit liegt in der sich ändernden Haushaltsstruktur. Der Trend zu Einpersonen- und Kleinhaushalten erhöht tendenziell den Anteil der einkommensschwachen Haushalte. Zurückzuführen ist dieser Trend auf eine Reihe von Faktoren, die ihrerseits zu einem guten Teil positiv mit dem allgemeinen Wohlstandsniveau korreliert sind: die zunehmende Scheidungsrate, «freiwill-

Der Trend zu Einpersonen- und Kleinhaushalten erhöht tendenziell den Anteil der einkommensschwachen Haushalte.

lige» Alleinerziehende, Jugendliche, die früher von zu Hause ausziehen und in einem eigenen Haushalt wohnen, der steigende Anteil von Jugendlichen in einer höheren Ausbildung usw.

Ein *dritter* möglicher Erklärungsansatz ergibt sich aus demographischen Effekten. Unterschiedliche Kohorten weisen ein unterschiedliches Einkommensniveau über den Lebenszyklus auf. Steigt der Anteil der reichsten Kohorte (50–60jährige) an der Gesamtbevölkerung, ergibt sich eine ungleichere Einkommensverteilung, selbst wenn die Verteilung innerhalb der Kohorten konstant bleibt. Es gibt Indizien dafür, dass solche Kohorteneffekte bei der Entwicklung der Einkommensverteilung in der Schweiz zwischen den frühen achtziger und neunziger Jahren eine Rolle spielen. Sowohl im zweiten als auch im dritten Fall kann eine ungleicher werdende Einkommensverteilung nicht mehr als Evidenz für die relative Verarmungsthese herangezogen werden.

Schlussfolgerungen

Unsere Überlegungen haben gezeigt, dass die absolute Verarmungsthese für die Schweiz nicht aufrecht erhalten werden kann. Weniger eindeutig ist die Beurteilung der relativen Verarmungsthese. Auch wenn die Entwicklung der Einkommensverteilung mit Vorsicht interpretiert werden sollte, gibt es doch Hinweise dafür, dass man diese These zumindest nicht endgültig von der Hand weisen kann. Eine abschliessende Antwort wird hier wohl erst die Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten geben. ♦

Ja, es gibt noch immer gewaltige Unterschiede zwischen der Lebensweise des durchschnittlichen Neuguineers und der des durchschnittlichen Europäers oder Amerikaners. Ebenso gewaltige Unterschiede klaffen zwischen anderen Völkern der Welt. Für diese enorme Ungleichheit muss es doch gewichtige und, so möchte man meinen, augenfällige Gründe geben. (S. 17).

Autoren werden von Journalisten regelmässig gebeten, den Inhalt eines Buchs auf eine kurze Formel zu bringen. Sie könnte in diesem Fall so lauten: «Dass die Geschichte verschiedener Völker unterschiedlich verlief, beruht auf Verschiedenheiten der Umwelt und nicht auf biologischen Unterschieden zwischen den Völkern.» Nun ist der Gedanke, dass Umwelt- und Biogeographie Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung nehmen, keineswegs neu. Er ist aber in Historikerkreisen nicht sehr beliebt, da er angeblich falsch oder simplifizierend sei. Häufig wird er auch als Ökodeterminismus abgetan, oder die Suche nach einer schlüssigen Erklärung für die Unterschiede auf der Welt wird als zu schwieriges Unterfangen zurückgestellt. Dass die Geographie einen gewissen Einfluss auf den Verlauf der Geschichte hatte, ist indes unstrittig. Offen ist nur, wie stark dieser Einfluss war und ob die Geographie das allgemeine Verlaufsmuster der Geschichte zu erklären vermag. (S. 32).

Aus: Jared Diamond, *Arm und Reich, Die Schicksale menschlicher Gesellschaften*, aus dem Amerikanischen übers., S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1998.

Robert Nef

NEIDGESELLSCHAFT UND UMVERTEILUNGSSTAAT IM VORMARSCH

Die Finanzierung des Wohlfahrtsstaats ist in Europa nirgends gesichert. Aber die zwangsweise Umverteilung privaten Reichtums über Steuern und Sozialversicherung wird allgemein für unverzichtbar gehalten. Die Mehrheit der Wählerschaft profitiert kurzfristig davon und wird damit immer staatsabhängiger. Jene Mittel, die umverteilt werden, fehlen jedoch bei den Investitionen in den Strukturwandel, der mittel- und langfristig die Basis künftiger Wohlfahrt für alle bilden sollte.

Die Popularität des umverteilenden Wohlfahrtsstaats ist ungebrochen. Neid ist eine der wirksamsten Triebkräfte der Politik, und die ungleiche Verteilung von Reichtum und wirtschaftlichem Erfolg sorgt immer wieder dafür, dass Mehrheiten Ziele wie Gleichheit und Sicherheit, «Brot und Spiele» dem Wettbewerb der Innovationen, der Ideen und Leistungen und der politischen Ordnungsvorstellungen vorziehen. Zivilisatorischer Wandel und qualitatives Wachstum, an dem längerfristig alle teilhaben, sind aber nur im innovativen Leistungswettbewerb zwischen Ungleichen erfolgversprechend zu gewährleisten, und die zentral gesteuerte wohlfahrtsstaatliche Umverteilung, welche lediglich den Konsum anheizt und die Massen bequem und träge werden lässt, mündet in einen Teufelskreis abnehmender Produktivität. Wer auf das Problem der fehlenden Nachhaltigkeit des Umverteilungsstaates aufmerksam macht, stört den kollektiven Verdrängungsprozess und wird als Spielverderber angesehen. Immerhin sind auch linke Politiker, die noch vor kurzem den Ausbau des Wohlfahrtsstaates – im Sinn der «Vollendung» des Prinzips der «sozialen Gerechtigkeit» – propagierten, inzwischen auf den Begriff des Umbaus eingeschwankt, wobei sich noch niemand festlegen will, was bei diesem Umbau beibehalten werden soll und was geändert werden muss. Die zentrale Frage, wer was und wieviel bezahlen soll, bleibt nach wie vor offen, denn wer hier Klarheit

schafft, riskiert den Verlust von Wähleranteilen.

Man hat angesichts der Ausgaben- und Aufgabenexplosion beim Staat, welcher auf der Einnahmeseite nichts Gleichwertiges gegenübersteht, schon von der Konkurrenzreife der politischen Systeme gesprochen, aber so richtig ernst scheint dies niemand zu nehmen, denn das Thema gehört eher den Pamphletisten als den politökonomischen Analytikern und Trendforschern. Möglicherweise lässt sich dieser kollektive Verdrängungsprozess durch die Staatsnähe der etablierten Lehre und Forschung erklären. Wer behelligt denn schon gerne seinen Arbeits- und Auftraggeber bzw. seine Kunden mit Hiobsbotschaften?

Negative Trends

Gilt der Vorwurf, es würden Alarmzeichen verdrängt oder missachtet, auch für die Schweiz, welche punkto Wohlstand und auch bei der Beurteilung des politischen Systems im internationalen Vergleich immer wieder Spitzenränge einnimmt? Sind die unermüdlichen Warner Schwarzmaler, welche sich hartnäckig weigern, bei den Staatsfinanzen an eine grosse Trendwende zu glauben?

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Zukunft eines Unternehmens sind bekanntlich nicht die absoluten Zahlen massgebend, sondern die Trends. Dasselbe gilt bei der volkswirtschaftlichen Beurtei-

lung eines Staates. Trotz vergleichsweise guter Beurteilung der Eckdaten der «ökonomischen Freiheit», die ihrerseits ja auch das Fundament der nachhaltigen wirtschaftlichen Prosperität eines Landes bilden, gibt es gute Gründe, die Schweiz nicht mehr als positiven Sonderfall einzustufen. Auch wir befinden uns auf der schiefen Ebene der Verwohlfahrtsstaatlichkeit. Alle traditionsreichen Vorzüge unseres politischen Systems sind in alarmierendem Ausmass mit negativen Trendmeldungen belastet.

Es ist angesichts der Entwicklung gerechtfertigt, die Frage nach dem Konkurs des politischen Systems aufzuwerfen. Konkurs ist nach der juristischen Terminologie ein gerichtliches Verfahren, welches durch Zwangsvollstreckung das gesamte noch vorhandene Vermögen eines Zahlungsunfähigen, anteilig den Gläubigern zuweist. Konkurs bedeutet – salopp ausgedrückt – jenes durchaus dramatische «Ende mit Schrecken» das an die Stelle eines «Schreckens ohne Ende» tritt. Konkursreif ist ein Unternehmen dann, wenn es die Kreditwürdigkeit verloren hat. Wann diese Grenze der finanziellen Kreditwürdigkeit bei einem politischen System erreicht ist, und wie ein Staatsbankrott gegenüber Gläubigern im nationalen und internationalen Finanzsystem konkret abzuwickeln wäre, ist eine ausserordentlich interessante Frage. Der «Staatsbankrott» ist zwar in der Geschichte nichts Unbekanntes, meist war er eine Ursache, eine Begleiterscheinung oder eine Folge von Kriegen und Revolutionen. Für eine eigentliche «Theorie des Staatsbankrotts», aus der dann Rezepte für ein möglichst geordnetes, faires und unblutiges Verfahren abzuleiten wären, gibt es meines Wissens zu wenig vergleichbare Erfahrungen und Beispiele. Was sind die finanzrechtlichen und finanztechnischen Voraussetzungen für einen gedeihlichen Transformationsprozess, für einen Neubeginn ohne finanzielle Altlasten, für eine Sezession bzw. für eine Fusion von Gemeinwesen? Was spielt sich eigentlich finanzpolitisch in jenen Verfahren ab, die man Umschuldung oder Schuldenerlass nennt? Ist möglicherweise der europäische Zusammenschluss nichts anderes als ein riesiges Ablenkungsmanöver von bankrotten nationalen Regierungen? Ist er darum bei Regierungen beliebter als bei den

Alle traditionsreichen Vorzüge unseres politischen Systems sind in alarmierendem Ausmass mit negativen Trendmeldungen belastet.

Die erstaunliche Kreditwürdigkeit von politischen Gemeinwesen hat mit ihrem Besteuerungs- und Enteignungspotential zu tun, welches das gesamte Volksvermögen umfasst.

betroffenen und beteiligten Bevölkerungen und Steuerzahlern?

Grenzen der Staatsverschuldung?

Die Frage, wo die Kreditwürdigkeit des Nationalstaats aufhört, bzw. wo die «Grenzen der Staatsverschuldung» liegen, ist kaum zu beantworten. Unter Fachleuten bestehen darüber recht unterschiedliche Meinungen. Sicher hat aber die erstaunliche Kreditwürdigkeit von politischen Gemeinwesen mit ihrem Besteuerungs- und Enteignungspotential zu tun, welches das gesamte Volksvermögen, bzw. das gesamte «nationale Erbe» –, auch dasjenige der künftigen Generationen – umfasst. Dieses Vermögen beruht seinerseits auf der Erwartung der zwangswise Mobilisierbarkeit einer kollektiven Opferbereitschaft des Staatsvolks als Gesamteigentümer des nationalen Erbes, einer Bereitschaft, die verständlicherweise fast grenzenlos ist, wenn die Existenz des Gemeinwesens als Ganzes auf dem Spiel steht.

In der Geschichte gibt es viele Beweise für die erstaunliche Bereitschaft, sich im so genannten nationalen Interesse Besteuerungen, enteignen und in Kriegen auch persönlich opfern zu lassen. Bei dieser Mobilisierbarkeit bleibt offen, ob sie als demokratische Selbstmobilisierung oder durch totalitären Zwang von innen oder unter dem politischen oder militärischen Druck von aussen ermöglicht wird. Die Kreditwürdigkeit von Staaten beruht wahrscheinlich auf einer subtilen Kombination der drei erwähnten Optionen.

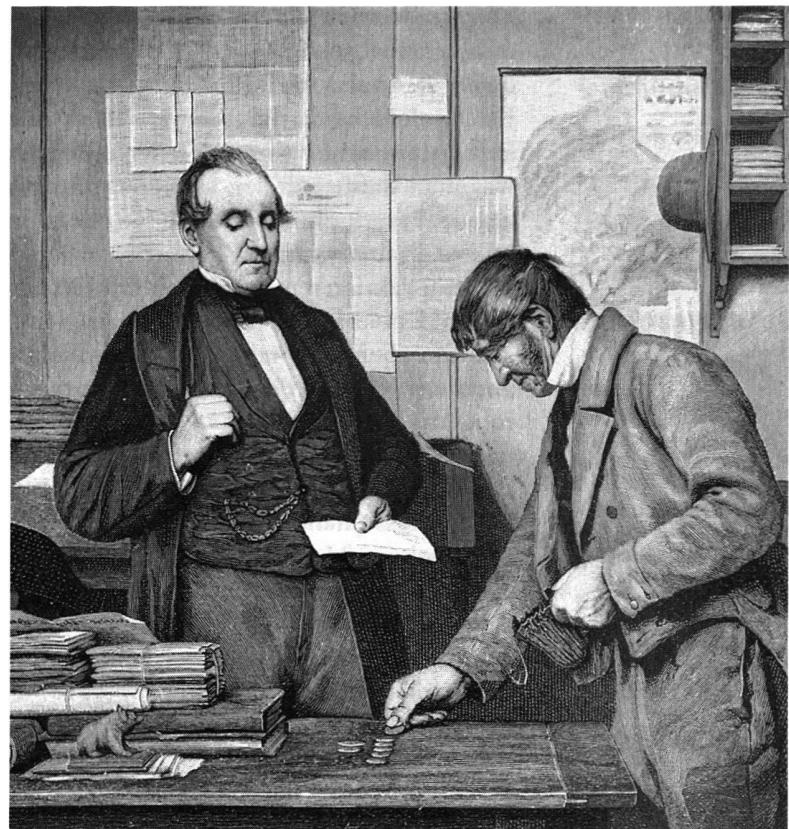
Die Popularität internationaler Zusammenschlüsse hat möglicherweise mit der Erhöhung des Besteuerungs- und Enteignungspotentials zu tun, welche auf Staatsgläubiger und auf Staatsgläubige eine beruhigende Wirkung zeitigt. Möglicherweise ist sie auch einfach eine «Flucht in den grössten Verband» durch welche die finanzpolitische «Stunde der Wahrheit» um einige Jahre oder Jahrzehnte hinausgeschoben werden kann. Fusionen können – auch bei Gemeinwesen – als eine elegante Form der Liquidation von nicht mehr Überlebensfähigen gedeutet werden, welche im Alleingang keinen Neubeginn bzw. keine Umkehr in die richtige Richtung mehr wagen wollen oder können.

Schwund des Vertrauens in den Nationalstaat

Die Glaubwürdigkeit der politischen Systeme sinkt drastisch. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger empfinden Politik als «absurdes Theater». Die Erosion des Vertrauens und der nationalen Solidarität ist in vollem Gange. Der politische Kredit eines Systems ist eben letztlich von seinem ökonomischen Erfolg und von seinem diesbezüglichen «Deckungsgrad» nicht zu trennen. Wenn in einer «Eidgenossenschaft» die nationale «Genossenschaft» mehr ausgibt als sie einnimmt, so nützt auch der Appell an den nationalen Eid nicht mehr viel. Die Systeme werden – mit oder ohne Absicht – immer undurchschaubarer und komplexer, und niemand weiss eigentlich so genau, wer seine Hände in wessen Taschen steckt und wessen Hände in seiner Tasche stecken. Und wer weiss noch, bei wem und wie hoch er aufgrund der defizitären wohlfahrtsstaatlichen Megamaschinerie verschuldet ist? Es ist auch für den gut informierten Staatsbürger der Mittelklasse nicht einfach herauszufinden, ob er – per Saldo – im Umverteilungsprozess zur Gruppe der Zahler oder der Empfänger gehört und ob und inwiefern er das Gemeinwesen alimentiert oder auf dessen Kosten lebt. Der grosse französische Liberal *Frédéric Bastiat* hat den Nagel auf den Kopf getroffen, als er schon vor 150 Jahren den Staat als die grosse Illusion bezeichnete, aufgrund welcher jeder darnach trachte, auf Kosten des andern zu leben ...

Ein problembezogenes Zusammenlaufen (*concursus*) von Betroffenen und Beteiligten findet in den hoch verschuldeten Wohlfahrtsstaaten Westeuropas immer häufiger statt, nicht nur bei Wahlen, sondern auch in der öffentlichen Diskussion und auf der Strasse. Möglicherweise wird man später einmal das parteipolitische Gerangel angesichts der leeren Kassen als einen vorweggenommenen Streit um die «Konkursmasse Wohlfahrtsstaat» oder um die «Konkursmasse Nationalstaat» deuten.

Die junge Generation bereitet sich darauf vor, wie sie es anstellen muss, um gleichzeitig das hoch verschuldete Erbe auszuschlagen und trotzdem auf die Rechnung zu kommen – eine Rechnung, die nicht aufgehen kann. Politik wird zuneh-



*«Sie wissen nicht, wie es dem Bauer ist auf einem magern Höfli, wo er Zinse haben muss.»
Die Käserei in der Vehfreude.*

mend zu einem mehr oder weniger konstruktiven Umgang mit Frustrationen aller Art, Politik als Protest.

Berechtigter Ruf nach Veränderung

Politik wird zunehmend zu einem mehr oder weniger konstruktiven Umgang mit Frustrationen aller Art, Politik als Protest.

Die Linke erringt ihre Erfolge durch ihren rhetorischen Ruf nach Veränderung. «*We need a change!*» ist nicht nur ein wirk-sames, sondern auch ein aktuelles und richtiges Motto. Die Bevölkerung in West-europa spürt instinktiv, dass die bisherige Politik in Sackgassen mündet und dass wir vor einem grossen technisch-zivilisatorisch bedingten Veränderungsbedarf stehen, der grundlegende wirtschaftliche und politische Folgen haben muss und dementsprechend auch einen Investitionsschub vor-aussetzt. Dass sich ausgerechnet jene politischen Gruppierungen zur Avantgarde emporstilisieren, welche den Reformstau massgeblich mitverursacht haben, weil sie die Dynamik der marktwirtschaftlichen Innovation und die hochkomplexen – gelegentlich auch schmerzhaften – sponta-neen Prozesse der Adaptation und des «Lernens ohne Lehrer» auf offenen Märkten durch einen wirtschafts- und sozialpoliti-schen Machbarkeitswahn und durch das uneinlösbare Versprechen von staatlich

Nur wenn die Risiken grosser Verluste durch die Chance von Gewinnen aufgewogen werden, kommt es zu jenen Investitionen, welche mittel- und langfristig das materielle Wohlstands- niveau für alle anheben.

herstellter Gleichheit und «sozialer Gerechtigkeit» gebremst haben, gehört zu den Paradoxien der Parteienkonkurrenz. Jede politische Partei tendiert dazu, die Erfolgsrezepte der Konkurrenten (oder das was man dafür hält) zu kopieren und ins eigene Programm zu integrieren. Solches haben die bürgerlichen Parteien beim populären Paktieren mit den wohlfahrtsstaatlichen Umverteilern in den letzten Jahrzehnten ebenfalls praktiziert, und dies ist auch der Grund für ihre Mitverantwortung am Reformstau.

Die Paradoxie des Vormarschs sozialdemokratischer Parteien besteht darin, dass die professionellen Propagandisten den progressiven Mut zur Veränderung und zum Aufbruch ansprechen und gleichzeitig dem konservativen Reflex der Angst vor dem Neuen Rechnung tragen, indem breiten Schichten die Weiterführung oder gar der Ausbau der bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Sicherungsnetze versprochen wird – vermutlich wider besseres Wissen der Parteieliten.

Während *Engpässe* mit konservativen Mottos wie «*Kopfhoch – und auf die Zähne beissen*», «*den Gürtel enger schnallen*», «*more of the same – noch etwas mehr vom selben*» gemeistert werden könnten, verlangt der Ausweg aus einer *Sackgasse* eine Strategie der Umkehr, eine Strategie des «geordneten Rückzugs» aus einem Fehlverhalten – oder – noch drastischer formuliert – eine Entziehungskur von der «Droge Umverteilung», welche die Sucht nach immer mehr Wohlfahrtsstaat verursacht.

Neid und Gleichmacherei als Fortschrittfessel

Was ist denn der «suchterzeugende Stoff», was ist die «Droge» des Wohlfahrtsstaates? Wohlfahrt als solche kann es nicht sein, und auch nicht der materielle Wohlstand. Ich lehne die weit verbreitete konservative und kulturpessimistische These ab, dass Wohlstand notwendigerweise zu Sittenzerfall und zur unbehämbaren «Gier nach mehr» führt.

Die gesellschaftszerstörende Drogen ist die vom Neid angetriebene Gleichmacherei, die fehlende Bereitschaft, den Unterschied zwischen «reich» und «arm» zu akzeptieren. Das suchterzeugende Medi-

kament heisst Umverteilung, und es müsste konsequenterweise nicht vom «Wohlfahrtsstaat» die Rede sein, sondern vom Umverteilungsstaat, bzw. vom Neidstaat. Die sogenannte «Schere zwischen Arm und Reich» ist ein vielbeschworenes Problem, das mit dem politischen Slogan «*Die Reichen werden immer reicher und die Armen werden immer ärmer*» zum Ausdruck gebracht wird.

Möglicherweise ist aber die erwähnte «Schere» eine notwendige Begleiterscheinung oder gar eine Voraussetzung für den grundlegenden technisch-zivilisatorischen Wandel, der sich eben – künftige Entwicklungen vorwegnehmend – zunächst auf den Finanzmärkten abspielt. Unmittelbar und personenbezogen wahrgenommen werden vor allem die grossen Gewinne, während die grossen Verluste nur mittelbar in Erscheinung treten. Nur wenn die Risiken grosser Verluste durch die Chance von Gewinnen aufgewogen werden, kommt es zu jenen Investitionen, welche mittel- und langfristig das materielle Wohlstandsniveau für alle anheben. Reiche und Superreiche sind gewissermaßen das Polster bzw. die «Knautschzone» des Risikokapitals.

Was in der Öffentlichkeit ebenfalls zu wenig kommuniziert wird, ist die Tatsache, dass die sogenannte «Verarmung der Ärmsten» nur in Relation zu einem allgemein gestiegenen Lebensstandard feststellbar ist. Verglichen mit den Armen früherer Zeiten und anderer Weltgegenden, sind die heutigen Armen in Europas Wohlfahrtsstaaten wirtschaftlich gut dran. Die Schere hat sich zwar geöffnet, aber auch der Lebensstandard der Ärmsten ist gestiegen, und zwar nicht *trotz* der Öffnung der Schere, sondern *wegen* dieser Öffnung.

Die linke Politik konzentriert sich auf die Verteilungs- bzw. Umverteilungsfrage, kümmert sich aber nicht oder zu wenig um die Produktivität und um die Produktivitätssteigerung, welche den Fundus speist, der verteilt bzw. umverteilt werden soll. Das populistische Rezept «Schicken wir doch die Rechnung den Reichen bzw. den Wohlhabenden» – oder, ohne es zu definieren, den «andern», scheint sich, wenigstens als Wahlprogramm, zu bewähren. In der Zwischenzeit, bis das Problem dann durch irgendein «Wunder» gelöst sein wird, behilft man sich mit Verschuldung, gar-

niert mit einem bisschen Steuererhöhung, etwas Protektionismus und mit Interventionismus *à la carte*.

Das Paradox des Wohlfahrtsstaates besteht darin, dass er nicht nachhaltig praktizierbar ist und somit früher oder später sowohl die Wohlfahrt als auch den demokratischen Staat zugrunde richtet. Die Probleme der Schweiz mit der Umverteilung und der Finanzierung des Wohlfahrtsstaats manifestieren sich auf einem hohen Niveau des Lebensstandards. Dies erleichtert ihre Lösbarkeit nicht. Wir sind sozial abgesichert, verwöhnt und wenig flexibel. Dies ist im Hinblick auf die Bereitschaft zum Umdenken und Umstellen auf neue Technologien und auf globale Herausforderungen mehr als nur ein Handicap. Der Reiche (auch der reiche Staat) kann sich ein ökonomisches Fehlverhalten länger leisten als der Arme, er wird später aber um so härter getroffen. Unser Haupttrumpf ist und bleibt die Kleinheit in Verbindung mit Vielfalt: die Konkurrenz der Gebietskörperschaften, welche die politisch-administrativen Systeme unter Leistungsdruck setzt und durch Vergleichsmöglichkeiten Transparenz schafft und erhöht. Nicht zu unterschätzen ist auch die legale und zu Unrecht kritisierte dauernde und auch kleineräumig und innerstaatlich offenstehende Möglichkeit der Verlegung des Wohn- und Geschäfts- und Steuerdomizils, die Freizügigkeit für eine «Abstimmung mit den Füssen» bzw. mit dem Zügelwagen, die durch keine «Berliner Mauer» verhindert wird.

Unbegrenzte Demokratie als Sackgasse

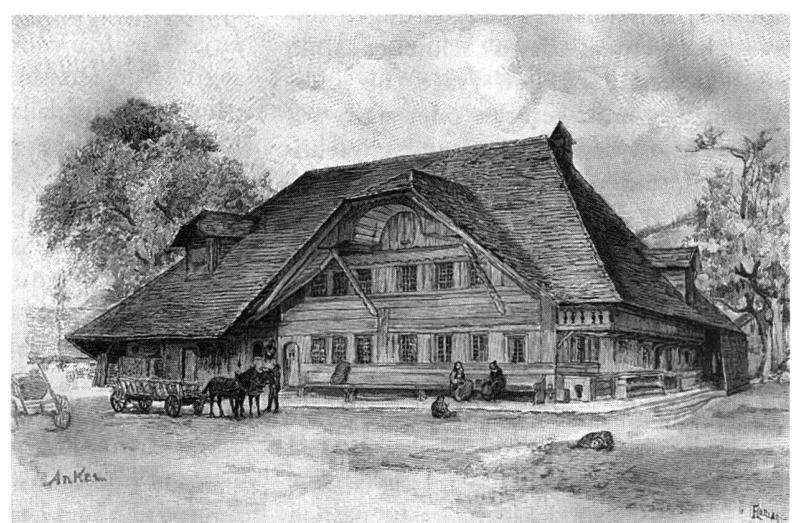
Die Kombination von unbegrenzter repräsentativer Demokratie und Wohlfahrtsstaat ist auf die Dauer verheerend. Eine Mehrheit von Nutzniessern versucht, das staatliche Leistungs- und Versorgungsangebot zu ihren Gunsten auszuweiten und die Bezahlung einer hoch und progressiv besteuerten Minderheit anzulasten. Beide Rezepte sind fast grenzenlos populär. Umverteilungsfreundliche Volksbeglucker feiern mit dieser «Solidarität durch das Geld der andern» ihre Wahlerfolge. Die derart fremdbestimmte und massiv steuerbelastete Minderheit der finanziell Leistungsfähigen kann sich letztlich nur noch durch

Steuerwiderstand zur Wehr setzen oder absetzen, was sie dem Bannfluch des Publikums aussetzt, welches seinen Neidgefühlen freien Lauf lässt und darin von den Massenmedien lauthals unterstützt wird. Das Gegenmittel ist ein direktdemokratisches Bremssystem in Verbindung mit konkurrierenden Steuersubjekten, welche die Transparenz von Staatsaufgaben, Staatsausgaben und Staatseinnahmen herstellen und die Überwälzung von Kosten auf wohlhabende Minderheiten und auf die nächste Generation institutionell einschränken. Die Formel könnte lauten: *Limited government plus limited taxation, plus flat taxes, plus limited representation*», und dies alles in Kombination mit *local government* und direktdemokratischer Mitbestimmung und Kontrolle. Die Schweiz hat damit – vor allem im letzten Jahrhundert – gute Erfahrungen gemacht. Wir sind allerdings leider kontinuierlich daran, die unbestreitbaren Vorteile eines solchen Systems durch weitere Zentralisierung und Bürokratisierung und durch die Alimentierung einer riesigen Maschinerie der Intervention, der Kontrolle und der Umverteilung zunichte zu machen.

Was uns von Sozialdemokraten, Interventionisten, Egalitaristen und Umverteilungs-Etatisten aller Parteien als «Modernisierung mit sozialem Antlitz» angeboten wird, ist – längerfristig gesehen – nichts anderes als der weitere Vormarsch in eine Sackgasse. Dadurch gelingt es einer von diesem Fehlsystem gut alimentierten Gruppe von Politikern und Bürokraten in Kooperation mit jenen Medien, welche die Popularität der Appelle an Neid und Miss-

Eine Mehrheit von Nutzniessern versucht das staatliche Leistungs- und Versorgungsangebot zu ihren Gunsten auszuweiten und die Bezahlung einer hoch und progressiv besteuerten Minderheit anzulasten.

*«Das war ein altes Haus, in welchem seit mehreren Geschlechtern der Geldmangel nie eingekehrt war.»
Die Käserei in der Vehfreude.*



gunst und des personenbezogenen Infotainments nutzen, die wahren Zusammenhänge von öffentlichen Angeboten und ihrem öffentlichen Preis zu vertuschen. Theater hat schon immer von jenem Spannungsfeld zwischen Wünschen, Projektionen, Fiktionen und Illusionen auf der einen und Realitäten auf der anderen Seite gelebt, wobei das Publikum nicht immer auf der Seite der Realität sitzt... Beim Theater der Politik ist dies nicht anders.

Die Einsicht ist schmerzlich, aber zutiefst notwendig: Eine Gesellschaft muss auf dem Grundsatz der selbsttragenden Kosten- und Nutzenteilung basieren. Staatliche Hilfe und Unterstützung durch zwingende Umverteilung muss die begründete Ausnahme und nicht die allgemeine Regel sein. Die Folge davon ist ein gewisses Mass an Ungleichheit. Dies stimmt weder mit dem Postulat nach «sozialer Gerechtigkeit» noch mit der moralischen Forderung überein, dass «einer des andern Last» trage, aber es entspricht jenem «ethischen Minimum», das in einer grössern politischen Gemeinschaft auf die Dauer ohne totalitäre Mittel erzwingbar ist. Ein sozialpolitischer Selbstbedienungsladen mit dem Motto «Schicken Sie die Rechnung den Reichen – sie werden bezahlen, weil ihnen an der Erhaltung des sozialen Friedens liegt» kann auf die Dauer nicht funktionieren.

Wettbewerb und scharf beobachtete Regierungsmacht

Unbegrenzte Wünsche kollidieren früher oder später mit begrenzten Bereitschaften, diese Wünsche zu erfüllen, und je nachdrücklicher Wünsche in Forderungen verwandelt werden, desto schneller sinkt diese Bereitschaft. Die Frage, ob diese Abgrenzung nun «gerecht» oder «fair» sei, lässt sich auf dem Hintergrund tatsächlicher und empirisch erhärteter Verhaltensweisen nicht beantworten, denn ein gesellschaftliches, politisches und wirtschaftliches System basiert auf Menschen wie sie *sind* und nicht wie sie – nach irgendwelchen übergeordneten Idealen – *sein sollten*. Der Steuerwiderstand der hoch Besteuer-ten ist eine normale und sogar weitgehend

*Eine
Gesellschaft
muss auf dem
Grundsatz der
selbsttragenden
Kosten- und
Nutzenteilung
basieren.*

*Staatliche
Hilfe und
Unterstützung
durch zwingende
Umverteilung
muss die
begründete
Ausnahme und
nicht die
allgemeine
Regel sein.*

berechenbare Reaktion, und es gibt international genügend Beispiele für die Tatsache, dass die Steuerschraube nicht unbegrenzt und ohne nachteilige Folgen für Volkswirtschaft und Staatsfinanzen angezogen werden kann. Sobald eine auf öffentliche Mittel angewiesene Mehrheit ökonomisch über ein umverteilendes Steuersystem von einer produzierenden und hoch besteuerten Minderheit abhängig ist und das Gesamtsystem von einer politischen Klasse gesteuert wird, welche von diesem Prozess lebt und ihn polit-ökonomisch bewirtschaftet, ist das Mehrheitsprinzip korrumptiert und zum Untergang verurteilt. Das hohe Degenerationspotential einer Gefälligkeitsdemokratie ist übrigens bereits in der antiken Staatsformenlehre (unter andern von Aristoteles) entdeckt und analysiert worden.

Der politische Prozess sollte in einer Demokratie ein dauernder Wettbewerb sein um die Kontrolle der Regierungsmacht und um ihre scharfe Beobachtung beim sparsamen Einsatz von Steuergeldern. Dies ist auf die Dauer nur möglich, wenn eine Mehrheit ein eigenes Interesse am wirtschaftlichen Einsatz öffentlicher Mittel hat, weil sie in vergleichbarer Weise mitbeteiligt und mitbetroffen ist. Andere Systeme, in welchen dauernd und zunehmend Minderheiten bezahlen und Mehrheiten (als Klienten und als Funktionäre) profitieren, sind – unabhängig von ihrer Abstützung auf irgendwelche «höhere Gerechtigkeit» – letztlich auf die dauernde Vertuschung von Fakten und auf einen zunehmenden Propagandaufwand angewiesen. Politik wird zu einem inszenierten Infotainment jener Gruppen, die davon profitieren und die den Prozess durch «Brot und Spiele» in Gang halten. Eine volkswirtschaftliche Produktivität ist damit nicht verbunden. Dies ist auch der Grund, warum solche Systeme letztlich am Prinzip der Nachhaltigkeit scheitern. Nur kann dieser Prozess des Scheiterns lange dauern von allen Betroffenen und Beteiligten, ganz speziell aber von den wirtschaftlich Schwächsten, die in aller Regel die Hauptopfer bankrotter Systeme sind, einen hohen – einen zu hohen – Preis fordern. ♦

DIE ZEIT IST REIF FÜR DEN BARFUSSKAPITALISMUS

Armutsbekämpfung mittels Marktwirtschaft

Im Zentrum steht die Frage, wann endlich die Advokaten der Marktwirtschaft sich ernsthaft der ordnungspolitischen Herausforderungen annehmen werden, die sich in der Dritten Welt bieten, wo erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg die Schatten der Supermachtrivalität mit einer expansionistischen Sowjetunion geschwunden sind.

Der Sieg des Liberalismus und der Bürgergesellschaft des Westens über den kommunistischen Totalitarismus und Despotismus des Ostens ist für die Zukunft der Welt ebenso wichtig wie der Sieg der Alliierten über das Hitlerreich.

Aber wie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs scheinen auch diesmal die Sieger die Gunst der Stunde nicht voll zu nutzen.

Seit die physischen Mauern zwischen Ost- und Westeuropa gefallen sind, haben viele bereits vergessen, dass der kalte Krieg nicht nur ein Konflikt zwischen Militär- und Wirtschaftsblöcken, sondern auch eine epochale Auseinandersetzung zwischen zwei fundamental entgegengesetzten Gesellschafts- und Staatsordnungen war. Der Westen hat den kalten Krieg nicht nur an der wirtschaftlichen und politischen Front, sondern auch bei den Ideen und Wertordnungen gewonnen.

Zwar ist der Marxismus 1989 nicht aus der Welt verschwunden. Auch gibt es noch mehrere kommunistische Regime und im Westen wie im ehemaligen Ostblock reformierte und unreformierte kommunistische Parteien. Doch eine glaubwürdige Alternative zur liberalen Demokratie mit Bürgergesellschaft, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft vermag der reale Sozialismus nicht mehr zu bringen.

Was bedeutet dies für die marktwirtschaftliche Erneuerung im Westen? Wir geniessen heute Bewegungsfreiheit, wie sie während neun Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nie bestanden hat. Seit 1989 müssen nicht mehr wertvolle Energien dafür eingesetzt werden, sich einer tödlichen Bedrohung durch nationalistische, militaristische, faschistische und kommunistische Feinde der Freiheit zu erwehren.

Endlich können sich die westlichen Demokratien auf ihre eigenen Reformen konzentrieren. Wie lange diese einzellige Lage noch anhalten wird, ist höchst ungewiss. Die Geschichte geht weiter, und im Dunst einer wie immer ungewissen Zukunft verbergen sich die alten und neuen Feinde der Freiheit.

Herausforderung in der Dritten Welt

Überblickt man die politische Landschaft in den westlichen Industriestaaten, so wirken die konservativen und liberalen Kräfte, die mit ihrer Standhaftigkeit gegen die Versuchung des *Appeasements* den Sieg über den Sowjetblock ermöglicht hatten, ausgelugt. Demgegenüber hat die demokratische Linke aus der weltgeschichtlichen Katastrophe des Kommunismus endlich (wenn auch reichlich spät!) die Courage zur Erneuerung gefunden – nicht überall mit der gleichen Ehrlichkeit, derselben Entschlossenheit und dem gleichen Erfolg. Am Ende des kalten Kriegs hat nicht nur die Demokratie über die Diktatur, die Bürgergesellschaft über die Sklaverei, sondern die Marktwirtschaft über die Planwirtschaft den Sieg davongetragen.

Doch wie ist es in Wirklichkeit um die Marktwirtschaft bestellt? Es ist kaum zu bestreiten, dass die Wirtschaftsordnungen, die im Westen den kalten Krieg überstanden haben, nur wenig mit einer klassischen Marktwirtschaft zu tun haben. Sozialpolitische Kompromisse haben in der Regel gegenüber einer marktwirtschaftlich sauberer Ordnungspolitik den Vorzug erhalten. Fraglich ist allerdings, wie lange diese Prioritätensetzung noch haltbar ist.

Urs W. Schöttli

ist 1948 in Basel geboren. Philosophiestudium in Basel. Von 1978 bis 1982 Generalsekretär und von 1983 bis 1994 Geschäftsführender Vizepräsident der Liberalen Internationalen. 1983 bis 1990 Süd-Asienkorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» in Delhi. 1990 bis 1995 Berater der Friedrich-Naumann-Stiftung in Spanien und Portugal. Seit November 1995 Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» in Hongkong.

Warnsignale aus Asien

Das Ende des kalten Kriegs und damit das Verschwinden der zweiten Welt haben zusammen mit dem scheinbar unaufhaltlichen Triumphzug der Globalisierung die Dritteweltdebatte antiquiert erscheinen lassen. Die schweren Wirtschaftskrisen in Asien dürften indessen einiges wieder in die richtige Perspektive rücken. Über Nacht sind in Ländern, die zu den als Wirtschaftswundern gepriesenen asiatischen «Tigern» zählen, die Mittelschichten dezimiert worden und Millionen, die erst vor kurzem die Armutsschwelle überwunden hatten, wieder ins Elend gesunken. Der sogenannte *trickle down effect*, die Tatsache, dass am Wirtschaftswachstum orientierte Entwicklungspolitik mit dem Herabsickern von Wohlstand allen sozialen Schichten dient, war ein wichtiges Argument gegen jene, die eine wirksame Armutsbekämpfung nur mittels Planwirtschaft und Sozialismus für möglich erachteten. Dass nun in Südost- und Ostasien die neue Armut sich viel schneller ausbreitet, als die alte Armut beseitigt worden war, ist natürlich Wasser auf die Mühlen derer, die an ihrer Skepsis, ja Feindschaft gegenüber dem Kapitalismus festhalten.

Vor diesem Hintergrund sollte die Asienkrise bei jenen, die kaum ein Jahrzehnt nach dem Zerfall der Sowjetunion nicht eine Renaissance des realen Sozialismus hinnehmen wollen, die Alarmglocken läuten lassen. Wer glaubt, dies sei im Zeitalter der Globalisierung nicht mehr möglich, dem sei in Erinnerung gerufen, dass in den krisengeschüttelten asiatischen «Tigerstaaten», angesichts der notorischen Schwäche der einheimischen Unternehmerschaft wie des offenkundigen Versagens der internationalen Finanzwelt, die marktfiendlichen Kräfte grossen Zulauf erhalten. Die nächste Zukunft wird eine machtvolle Rückkehr des Primats der Politik über die Wirtschaft bringen, wovon allerlei Opportunisten und Populisten kräftig profitieren dürften.

Überfällige Standortklärung

Wie muss vor diesem Hintergrund eine Strategie, die der Verankerung und Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen in der Dritten Welt dienen will, aussehen? Als erstes tut eine Standortklärung not. In

Dass nun in Südost- und Ostasien die neue Armut sich viel schneller ausbreitet, als die alte Armut beseitigt worden war, ist natürlich Wasser auf die Mühlen derer, die an ihrer Skepsis, ja Feindschaft gegenüber dem Kapitalismus festhalten.

Die asiatischen Finanz- und Währungskrisen waren und sind die Folge schwerwiegender Fehlallokationen von Kapital.

den letzten Jahren ist auch von angeblichen Protagonisten der Marktwirtschaft viel Konfusion über die wahre Natur der Marktwirtschaft geschaffen worden. So zählen beispielweise die «Heritage Foundation» und das «Fraser Institute» Hongkong seit Jahren zu den freisten Volkswirtschaften der Welt, obschon das Territorium vor wie nach dem Abzug der Briten als klassisches Beispiel für marktverzerrende Staatseingriffe in Kollusion mit privaten Oligopolen gelten kann. In der Weltrangliste des Genfer «World Economic Forum» wurden über Jahre hinweg mehrere asiatische «Tiger» in der Spitzengruppe aufgeführt, obschon diese das wichtigste Effizienzkriterium, eine funktionierende Marktwirtschaft, nicht erfüllten.

Man mag sich fragen, was eine Standortklärung für die konkreten Anliegen der Armutsbekämpfung bedeuten kann. Sehr viel! Erfolg oder Versagen des Marktes bei der Bekämpfung der Armut hängen davon ab. Es hat keinen Sinn, Entwicklungs- und Schwellenländern Deregulierung, Marktöffnung, Privatisierung und Liberalisierung zu predigen, wenn das, was ihnen angeboten wird, wenig oder nichts mit Marktwirtschaft zu tun hat. Auch hierfür liefert die Asienkrise wertvolle Einsichten.

Thailand, Malaysia, Indonesien und die Philippinen haben in den letzten Jahren mehr oder weniger speditiv, mehr oder weniger umfassend die Ratschläge zur Liberalisierung befolgt. Erst stellten sich beachtliche Erfolge ein. In den letzten Jahren begannen sich indessen die Vorboten der Krise zu mehren. Diese brach schliesslich nicht nur wegen hausgemachter Fehler, sondern auch wegen mangelnder Transparenz, ungenügendem Wettbewerb und fehlender Rechtsstaatlichkeit auf den internationalen Finanzmärkten im letzten Winter voll durch.

Massive Kapitalvernichtung

Die asiatischen Finanz- und Währungskrisen waren und sind die Folge schwerwiegender Fehlallokationen von Kapital.

Sollen Wohlstand und Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern nachhaltig und mittels marktwirtschaftlicher Strukturen gefördert werden, so muss als erstes gegen die Fehlallokation und Vernichtung von Kapital Remedur ge-

schaffen werden. Auch reputierte westliche Grossbanken haben sich in dieser Hinsicht wiederholt als rückfällige Sünder herausgestellt. Die asiatische Krise folgte auf ähnlich fatale Kapitalfehlallokationen in anderen Teilen der Welt. Grosse Reichtumsgefälle gehören zu den Charakteristika von Entwicklungs- und Schwellenländern. Auch nach den eklatanten Misserfolgen der Planwirtschaft sind viele noch immer überzeugt, dass solche Fehlentwicklungen nur mit Staatseingriffen zu stoppen sind, und dass Massenarmut zum Kapitalismus gehört wie das Amen zur Kirche. Tatsache ist jedoch, dass das Fortbestehen von Armut und Unterentwicklung in der Dritten Welt, auch wenn es sich um die als marktwirtschaftliche Wunder geplauderten «Tiger» handelt, nicht der Marktwirtschaft in die Schuhe geschoben werden können. Da es in den Schwellen- und Entwicklungsländern mit den besonders stossenden Reichtumsgefällen auf dem Kapitalmarkt kein freies Spiel der Marktkräfte gibt, kann man auch nicht von einem Versagen der Marktwirtschaft sprechen.

Ordnungspolitisches Reinemachen

Während des kalten Kriegs wurden vom Westen in der Dritten Welt aus geopolitischen Gründen eine Reihe von freiheitsfeindlichen und korrupten Regimen unterstützt oder geduldet. Seit dem Ende der Supermachtrivalität ist diese Notwendigkeit verschwunden und sind deshalb auch eine Reihe von rechtslastigen Dritteweltdiktaturen weggefegt worden. Der Bereinigung von geopolitischen Altlasten muss in vielen Teilen der Welt nun noch ein ordnungspolitisches Reinemachen folgen. Es ist möglich und es steht zu hoffen, dass dies durch die Asienkrise ausgelöst wird.

Die Betonung der Eigenverantwortung in der Marktwirtschaft muss Anlass zur besonderen Wertschätzung der Klein- und Miniunternehmer in der Dritten Welt sein. Ein Strassenhändler in Jakarta oder Bogotá, ein Kleinbauer in Mexiko oder auf den Philippinen wissen, dass sie nur überleben können, wenn sie sich auf dem Markt behaupten können. Schätzen sie ihre Risiken falsch ein, gehen sie unter. Weder Regierungsinterventionen noch ein Sozialstaat schützen sie vor dem tiefen Fall. Auf diese Weise schlagen sich Hunderte von

Ein funktionierender Kapitalmarkt existiert für Kleinunternehmer, die den Wucherzinsen informeller Geldverleiher ausgeliefert sind, von vornherein nicht.

Hans Joggeli, der Erbvetter.
Berner Erzählungen.

Millionen von Menschen in der Dritten Welt durchs Leben. Anders als die Manager von multinationalen Unternehmen oder gutbezahlte Verbandsfunktionäre, die sich an Symposien über die Marktwirtschaft auslassen, wissen sie, was der Markt ist, wie er funktioniert, und wie man sich in ihm behaupten muss. Sie wissen auch, dass sie, wenn sie ihre spärlichen Ressourcen nicht richtig einsetzen, dem Untergang geweiht sind.

Das Perverse ist nun, dass ausgerechnet diesen Menschen von allen Seiten das Leben schwer gemacht wird. Obschon sie korrupten Polizisten und Beamten Schutz- und Schmiergelder zahlen, erhalten sie nicht den Schutz des Gesetzes. Rechtsstaatlichkeit existiert für sie von vornherein nicht. Obschon sie im täglichen Überlebenskampf beweisen, dass sie kostbares Kapital äusserst effizient einzusetzen verstehen, erachten sie dieselben Banken, die in Megaprojekten und Klientelismus Milliarden verlochen, als nicht kreditwürdig. Ein funktionierender Kapitalmarkt existiert für sie, die den Wucherzinsen informeller Geldverleiher ausgeliefert sind, von vornherein nicht.

Wir stehen an einer Zeitenwende, die eine Rückkehr zu *big government* und Inter-



ventionismus in all jenen Schwellen- und Entwicklungsländern bringen kann, welche sich von den raschen Gewichtsverlagerungen auf den internationalen Märkten bedroht fühlen.

Rückbesinnung auf den Utilitarismus

Die Chancen für die Verteidiger der Marktwirtschaft sind am günstigsten, wenn sie sich auf ihre radikalen Ursprünge besinnen. Zu diesen gehört in erster Linie auch das Hauptziel des Utilitarismus, das grösste Gut der grössten Zahl. Sozialisten streben dieses Ziel über Umverteilung an, Liberale über den Marktzugang. Je leichter der Zugang insbesondere auf den Kapitalmarkt ist, desto mehr Menschen können von der Marktwirtschaft profitieren. Nachdem die Entwicklungen in den achtziger und frühen neunziger Jahren gezeigt hatten, dass reichlich Kapital in die asiatischen Schwellenländer fliessen kann, geht es nach der Zäsur der jüngsten Krise darum, die Allokation des Kapitals effizienter und transparenter zu machen. Dies bedeutet, dass nun der Fokus auf den klein- und mittelständischen Unternehmern, auf den Klein- und Minikreditnehmern zu liegen hat. Die Armen in Asien brauchen nicht Staatshilfe, sondern Rechtsstaatlichkeit und Zugang zu Kapital zu marktgerechten Bedingungen.

Es gibt bereits einige Beispiele, die den Erfolg der Klein- und Kleinstkreditpolitik

Es geht nicht um Wohltätigkeit, sondern um Geschäft.

Die Armen in Asien brauchen nicht Staatshilfe, sondern Rechtsstaatlichkeit und Zugang zu Kapital zu marktgerechten Bedingungen.

untermauern. Die technologischen Innovationen der letzten Jahre erlauben eine immer effizientere Durchdringung von Kreditmärkten, die früher wegen der Kleinheit der Kreditsummen unrentabel waren. Es ist offensichtlich, dass sich die grossen internationalen Banken auf diesen Märkten nicht direkt engagieren können. Doch gibt es eine ganze Reihe von Instrumenten, die es erlauben, im Verein mit lokalen Banken und Ersparniskassen diese Märkte zu durchdringen. Dabei geht es nicht um Wohltätigkeit, sondern um Geschäft. Klein- und Kleinstunternehmer, die unter Beweis gestellt haben, dass sie sich unter den widrigsten Rahmenbedingungen auf einem Markt erfolgreich behaupten können, sind mit Sicherheit keine Almosenempfänger.

Einer der wenigen Erfolge von *Maos* Regime war die Einführung von Barfussärzten, die in den Weiten Chinas zwar keine Spitzenmedizin, aber eine bis dahin unbekannte medizinische Grundversorgung bereitstellten. Die westlichen Industriestaaten hätten sich schon lange bei den namenlosen und unzähligen Barfusskapitalisten in den Entwicklungs- und Schwellenländern engagieren sollen. Die Asienkrise, die so manche Finanzinstitution gezwungen hat, Milliardenbeträge abzuschreiben, könnte und sollte der gegebene Anlass sein, sich in einer neuen, epochemachen Form von *venture capital* zu engagieren, dem Barfusskapitalismus. ♦

TITELBILD

VISIONÄRE SCHWEIZER ARCHITEKTUR DES 20. JAHRHUNDERTS

Büro- und Geschäftshaus am Barfüsserplatz in Basel, 1993–1995

Architekten: Diener & Diener, Basel



Büro- und Geschäftshaus am Barfüsserplatz in Basel, 1993–1995
Architekten: Diener & Diener, Basel

Mit dem Bau des kleinen Hauses am Barfüsserplatz in Basel lösten die Architekten Diener & Diener eine heftig geführte Debatte aus. Fast unscheinbar wirkt das Haus auf den ersten Blick. Es steht ganz selbstverständlich da, an prominenter Stelle im Zentrum der Stadt, als ob es schon immer hier gewesen wäre. Gleichzeitig aber irritiert es, weil es auf den ersten Blick so einfach erscheint, dass man es fast übersehen könnte.

Das kleine Eckhaus hat zwei Fassaden aus gelb eingefärbtem Beton, sechs Geschosse hoch. Beide Fassaden sind bestimmt durch grosse, breite Fenster, die gegeneinander versetzt sind. Nur im Erdgeschoss weicht das Schaufenster des Ladens von dieser Ordnung ab. Die grossen, quer rechteckigen Öffnungen nehmen pro Geschoss zwei Drittel der Wandflächen ein, haben schwarze Aluminiumprofile und sind mit einer mittleren Sprosse geteilt, so dass zwei quadratische Glasflächen nahezu gleichwertig neben den massiven Wandflächen stehen. Diese Teilung und das Versetzen der Fenster be-

wirken, dass die übergrossen Öffnungen und die verbliebenen Wandflächen in eine bewegte Spannung geraten. Die Frage, ob die «Löcher in der Mauer» noch Fenster sind oder schon Glaswände, bleibt ebenso offen wie jene, ob die reduzierten Betonflächen noch als Wand oder schon als Skelett zu verstehen sind. Gerade in dieser Uneindeutigkeit liegt die besondere Qualität des Hauses, die es auf diese Weise in den städträumlichen Verband einflicht.

Das im Winkel bestehender Brandmauern angelegte Volumen wirkt wie eine Antwort auf das Haus des Architekturmuseums, das von Rasser + Vadi 1959 (Titelbild der «Schweizer Monatshefte», Februar 1998) errichtet worden war. Da ist es ein gläserner Curtainwall, der die Innenräume nach aussen abschliesst, am Barfüsserplatz sind es die tragenden Betonmauern selbst.

Die Buchvernissage der jüngsten Publikation von Diener & Diener, «Stadtansichten», ETH Zürich, Institut gta, Zürich 1998, fand Anfang Juli 1998 im Architekturmuseum statt.

ULRIKE JEHLE-SCHULTE STRATHAUS

Beatrice Eichmann-Leutenegger,
lic. phil. I, Tätigkeit als
Literaturkritikerin,
Referentin und Autorin.
Mitarbeiterin beim ORF
(Funk), Wien. Veröffentlichte 1993 die Bild-Text-Biographie zu Gertrud Kolmar (Jüdischer Verlag im Suhrkamp-Verlag, Frankfurt). 1994 erschienen ihre Erzählungen «Verabredungen mit Männern», 1996 ihre Fragmente einer Liebesgeschichte «Der Mann aus der Arktis», beide bei pendo, Zürich).

«AUF EINMAL HIELT ICH ES NICHT MEHR AUS, UND ICH SCHRIE ...»

Streiflichter auf Armutserfahrungen in der jüngeren Schweizer Literatur

Stiefkinder des Lebens gab es schon immer in der Schweizer Literatur: die Knechte und Mägde, die kleinen Schullehrer und Bergbauern, die Witwen mit ihren Kindern ohne jede Rente, die Gehülfen und Vaganten, die Verdingkinder, Taglöhner und Straffälligen, die Behinderten, wie sie etwa in Regina Ullmanns Erzählungen fortleben, die Heimarbeiterinnen des vorigen Jahrhunderts, wie sie Ana Lang vor zwei Jahren in «Rauhnacht» für das aargauische Freiamt hat lebendig werden lassen. Wie weit ist schweizerische Armut der Gegenwart in der Literatur der letzten zwanzig Jahre präsent, in einem Bereich mithin, der seismographisch auf Wirklichkeiten zu reagieren pflegt?

Zürich und Genf bieten in Europa die höchste Lebensqualität. Dies ergibt eine Analyse der Unternehmensgruppe «Corporate Resources Group», die am 9. Dezember 1997 in Genf publiziert worden ist («*NZZ*», 10. Dezember 1997, S. 20, Nr. 287). Schlagworte wie jenes der «Neuen Armut» scheinen einer anderen Wirklichkeit anzugehören, für die seit Beginn der neunziger Jahre Exponenten der Kirche, der Sozial- und Gesellschaftspolitik stärker als zuvor eintreten. «Lebensqualität und Armut in der Schweiz» lautet der Titel einer gesamtschweizerisch repräsentativen Studie von Robert E. Leu, Stefan Burri und Tom Priester. Ihre Analyse konzentriert sich einerseits auf die Verteilung von Einkommen/Vermögen, andererseits auf die Unterversorgung von Personen in zentralen Lebensbereichen, so dass materielle wie immaterielle, objektive und subjektive Problemlagen der Betroffenen differenziert dargestellt werden können. – Doch nach wie vor bleiben viele Fragen offen, was die Bekämpfung der Armut unserer Tage angeht. Die Kirchen etwa, über Jahrhunderte hinweg in der Fürsorge engagiert, haben bisher noch kein spezifisches Konzept zu entwickeln vermocht, auch wenn für sie «Armut» ein zentrales Thema im öffentlichen Diskurs ist und bleiben muss.

Die Wirren der napoleonischen Kriege, welche auf Jahrzehnte hinaus den Wohlstand vernichteten, die Missernten und Hungerjahre (etwa jene zwischen 1816

und 1819, dann wieder jene von 1855), aber auch die zermürbenden Auseinandersetzungen zwischen Stadt und Land zwangen im 19. Jahrhundert viele Menschen zur Auswanderung. Durch den Einzug der Kirchengüter und die Aufhebung klösterlicher Institutionen wurde dem caritativen Werk der Kirche die materielle Basis entzogen, so dass sich die Vereinigung noch offener zeigte. Diese verdrängte Geschichte hat etwa Eveline Hasler in ihrem Roman «Ibicaba. Das Paradies in den Köpfen» (1985) am Beispiel einer Gruppe von 265 Menschen aus Zürich und Graubünden, aus dem Aargau und dem Glarnerland, die in Brasilien ein neues Leben suchten, detailreich aufgearbeitet. 1995 hat Walter Hauser «Szenen der Auswanderung» aus dem Tal der Linth nach Amerika vorgestellt – in einer Dokumentation, welche auch das zynische Spiel zwischen den ausreisewilligen Habenichtsen und den Agenten und Transporteuren aufzeigt. – «Kleine Skizzen von kleinen Leuten» nannte sich das Buch, mit dem sich Jakob Bührer (1882–1975) der Leserschaft 1910 vorstellte. Da rückte die Welt der Proletarier, angesiedelt in der Schaffhauser Webergasse, mitten in der Hochblüte der Schweizer Heimat-, Berg- und Bauernliteratur ins Blickfeld. 1954 hat Franz Fassbind (*1919) die Erzählung «Das Buch der Geheimnisse» veröffentlicht, die Geschichte einer ärmlichen Kindheit zwischen 1925 und 1935 mitten im Zürcher Arbeiterquartier – der Vater arbeitslos, die

Mutter krank. Gegen diese Schattenwelt im Zeichen der Weltwirtschaftskrise kämpft nur die Phantasie auf unverlorenem Posten.

«Raffgesellschaft»

Alle diese Gestalten sind indessen Prototypen der Armut gewesen – leicht erkennbar und daher dem sozialen Status unschwer zuzuordnen. Gerade diese Identifizierbarkeit ist aber seit dem Ausbau der Sozialleistungen (1948 wurde die AHV/IV als tragendes Sozialwerk in der Schweiz wirksam) schwieriger geworden. Der Arme, dem es an Kleidern, Brot und Obdach mangelt und der ein Bild «nackter Not» darstellt, ist aus dem modernen Alltag hierzulande weitgehend verschwunden. Die Grenzen zwischen ihm und dem Nichtbedürftigen sind nicht mehr so strikt gezogen, die einstigen Unterscheidungsmerkmale (Kleider, Wohnverhältnisse usw.) haben an Gültigkeit eingebüßt. Dennoch darf diese äußerlich verminderte Differenz nicht über die gravierenden Einschränkungen und Ausgrenzungen hinwegtäuschen. 1997 ist in verschiedenen Orten der Schweiz eine Fotoausstellung zum Thema «Armut sehen» eingerichtet worden. Sie wollte die Wahrnehmung für die verdeckte Armut inmitten der «Raffgesellschaft» (*Marion Gräfin Dönhoff*) schärfen. Organisatorin dieser Wanderausstellung war die Helferei Grossmünster in Zürich.

In den sechziger und siebziger Jahren, der Zeit der Hochkonjunktur, waren es einige wenige Autoren, die jene andere Wirklichkeit vermittelten und damit z. B. an die Tradition eines *Carl Albert Loosli* (1877–1959) anknüpften: etwa *Walter Matthias Diggelmann* und *Arthur Honegger*, während *Plinio Martini* den Bewohnern der abgelegenen Tessiner Bergdörfer eine Stimme gab und die aus dem französischen Jura stammende *Gisèle Ansorge* mit «*Séverine*» ein Kapitel der Armut im französischen Unterwallis und in einer Stadt wie Lausanne zu Beginn des 19. Jahrhunderts geschrieben hat.

Verdingkinder

Da erschien 1978 das Buch von *Rosalia Wenger*: «*Rosalia G., ein Leben*», das von der gehobenen Mittelklasse und dem

Gegen die
Schattenwelt
im Zeichen
der Weltwirt-
schaftskrise
kämpft nur die
Fantasie auf
unverlorenem
Posten.

Kleinbürgeralltag mit ihren Beziehungs-konflikten wegführte und die Realität einer Frau unter schwierigsten Umständen beleuchtete. Die damals über siebzig-jährige Autorin erzählte in ihrem «document humain» die autobiographische Ge-schichte des unehelichen Kindes Rosalia, das als Verdingkind in Schwarzenburg, als Dienstmädchen in der Suisse romande und in Bern, als Untergebene ihres Mannes, Entbehrung und Ausbeutung erlitten hatte. Die Stimme einer bis anhin stummen Zeitgenossin weckte damals vermehrt die Wahrnehmung für soziale Benachteili-gungen, besonders jener der Frauen, und rief zur weiblichen Solidarität auf. – Im gleichen Jahr erschien *Laure Wyss'* Buch «*Mutters Geburtstag*», das unter verschie-densten Aspekten betrachtet werden kann, u.a. auch unter jenem der materiellen Enge, wie sie eine alleinerziehende Mutter in den fünfziger Jahren erfahren hat.

Zwölf Jahre später, 1990, wird *Rosmarie Buri* ihre Erinnerungen unter dem Titel, der zugleich ihr Verdikt war («*Dumm und dick*»), veröffentlichen: «... Ich wünschte mir, dass ich schwer krank würde, da müs-sen sie einmal um mich Angst haben. Auf einmal hielt ich es nicht mehr aus, und ich schrie, schrie in die Nacht hinaus, um mein Leid loszuwerden.» Die 1930 geborene Autorin riskiert diesen Schritt auch erst als Sechzigjährige, entrollt einen Bilderbo-gen, welcher ein helvetisches Frauenleben vorführt, aber auch ein Stück schweizeri-scher Sozialgeschichte. Ein Kind wächst im Abseits auf, muss als Mädchen alle Neigungen zurückstecken und auf eine an-gemessene Ausbildung verzichten, wird dafür als Freiwild auf dem Dienstboten-markt ausgehandelt. Die Arbeitgeber bie-tten miserable Unterkünfte, schlechte Ent-löhnung und übersetzte Arbeitszeiten; die Versicherungsleistungen fehlen völlig, was indessen einer noch zu wenig diskutierten Realität der vierziger und fünfziger Jahre in der Schweiz entspricht.

Rosmarie Buris Publikation ist anfangs von der tonangebenden Literaturkritik kaum wahrgenommen worden, auch wenn sich ihre Auflage rasch steigerte. Als Erinnerungsbuch konzipiert und dem Dokument zuneigend, frei von jedem Anspruch, eine «gehobene» Sprache sprechen zu wol-len oder gar zu können, galt es als zu we-nig «literarisch». Dieses Problem besteht

noch immer. Wie angemessen Bücher beurteilen, die ausserhalb der ästhetischen Kategorien liegen, aber das Stigma persönlich erlittenen Unrechts tragen und somit eine spezifische Würde beanspruchen dürfen, ohne darüber elementare Kriterien der Bewertung zu vernachlässigen? Die etablierte Literaturkritik stösst hier an Grenzen.

Bau am Wohlstandsgebäude

Noch vor zwanzig, dreissig Jahren hätte man solche Zeugnisse als «volkstümlich» qualifizieren und damit ad acta legen können. Wie im Fall *Arthur Honeggers*, diesem Anwalt der Stiefkinder des Lebens. In seinen Büchern lebt eine andere Schweiz – nicht Helvetia auf Hochglanzpapier, sondern ein Land der Schwachen, Unterdrückten, Gedemütgten. Armut und Knechtschaft, Hass und Angst flackern als Themen in diesem Werk auf, das intensiv mit dem Leben seines Autors zusammenhängt, ja erst von dessen Biographie her richtig verstanden wird. Als Unehelicher 1924 in St. Gallen geboren, als Heimzöglings, Bauernknecht und Insasse einer Arbeitserziehungsanstalt hat *Honegger* «*die Fertigmacher*» an Leib und Seele erfahren. Über sie schreibt er seit 1974, nicht über ein Abstractum wie die Gesellschaft mit pauschalisierender Sündenbock-Funktion, sondern über Einzelne, den «*Fertigmacher*» und seinen «*Fötzel*». Im 1994 erschienenen Buch «Armut», das sein Lebensthema zum Titel erhebt, fasst er jene Epoche ins Auge, die vielen als die Zeit der Armut schlechthin in diesem Jahrhundert gilt – die dreis-

Gott scheint
immer auf der
Seite der reichen
Grossbauern
und Fabrikherren
zu stehen.

«Es wurde in eine
Kammer eingeschlossen
splinternackt.
Wie fünf Mädchen im
Branntwein jämmерlich
umkommen.



siger Jahre. Betroffen von der grassierenden Arbeitslosigkeit, betroffen auch von Hunger und Not sind die Angehörigen der Familie Walter Knechts im Zürcher Oberland, deren Name zum Omen gerät. Der stete Kampf gegen die Verelendung zerstört sie, und Gott scheint immer auf der Seite der reichen Grossbauern und Fabrikherren zu stehen. Die Arbeit, welche der Sozialdemokrat Walter Knecht Ende der vierziger Jahre als Messingschweisser findet, fordert von ihm einen Preis – er stirbt an Tuberkulose. Zurück bleibt seine Frau Frieda mit vier Kindern, die gegen die Demütigungen der Fürsorge ankämpft.

Der Erzählbogen wird bis in unsere Zeit geschlagen, die in Sozialstudien nicht selten mit jener der dreissiger Jahre verglichen wird. Der älteste Sohn baut vorerst noch unbekümmert an seinem Wohlstandsgebäude, bis auch für ihn die Arbeitslosigkeit der Gegenwart zur unbarmherzigen Bewährungsprobe wird.

Emanzipatorischer Gestus

Zwischen 1990 und 1995 sind in kleinen Verlagshäusern der Schweiz mehrere Bücher erschienen, die als Erinnerungsberichte gelten. Gemeinsam ist dieser Literatur am Rand und vom Rand her das Vorzeichen «Armut», unter dem die beschriebene Vita steht. In «Liebe, Träume, hartes Brot» greift *Margarete Traber* die Geschichte einer 1842 geborenen Frau auf, welche die Entbehrungen ihrer Jugend im Zürichbiet hinter sich lassen will, in die Stadt aufbricht und sich als Dienstmagd im vornehmen Haushalt am Zürichberg zwischen Aufässigkeit und Unterwerfung behaupten soll. – *Heidy Gasser* führt in «Saure Suppe» eine harte Kindheit, jene ihrer eigenen Mutter, vor: Ein begabtes, aber häufig krankes Mädchen wird durch die Not der Kriegsjahre 1939–1945 sowie den plötzlichen Tod des Vaters in seiner geistigen Entwicklung gebremst. 1950 reist die junge Frau in die Schweiz, um auf einem Obwaldner Bauernhof als Dienstmagd zu arbeiten. – Eine äusserst entbehrungsreiche Jugend hat auch *Jeanette Nussbaumer* (*1947) in einem Bündner Weiler verbracht; sie rollt diese auf in ihrer Geschichte «Die Kellerkinder von Nivagl». Auch sie gerät früh als Haushalthilfe in fremde Familien, aber anders als in den

beiden zuvor erwähnten Textzeugnissen vollzieht diese Frau einen leichten sozialen Aufstieg, indem sie in bessere Verhältnisse gerät und dort vieles wahr- und aufnimmt, was sie sich zu eigen macht. Sind die Bücher *Heidy Gassers* und *Margarete Trabers* Dokumente eines weithin vereitelten Lebensentwurfs gewesen, so spürt man hier auch den emanzipatorischen Gestus, wie er sich schon in *Rosalia Wengers* Buch behauptet hat. – Dies trifft auch auf *Lydia Portmanns* Buch «*Hofstettenvaganten*» zu, das eine Kindheit der Entbehrungen zwischen 1929 und 1939 in Thun beschreibt, geprägt vom «*Proletarierknacks*» – dem schicksalhaften «*Untendurchgehen-Müssen*», das wie in *Fassbinds* «Buch der Geheimnisse» von der Weltwirtschaftskrise 1929–1933 aufgezwungen wird. Nur die Autorin, jüngstes der sieben Kinder, lehnt sich gegen die ihr zugesetzte Frauenrolle auf.

Es sind hier Autoren und Autorinnen präsentiert worden, welche die Armut von damals ins Bewusstsein zurückgeholt und damit eine «andere» Schweizer Geschichte geschrieben haben. In welche Bücher aber dringt heutige Armut ein? Fast erhält man den Eindruck, man röhre hier an ein Tabu, an eine Verschämtheit, denn Armut führt in der aktuellen Schweizer Literatur, trotz Rezession, weitgehend ein kryptisches Dasein. Das Thema der wachsenden Arbeitslosigkeit hat indessen etwa *Jörg Steiner* in seiner Erzählung «*Der Kollege*» aufgenommen. Es ist das stille Protokoll des Mechanikers Greif und seines Kollegen, für die seit «*vierhundert Stempeltagen*» das Wort Feierabend seine Bedeutung eingebüßt hat. Dennoch sind die täglichen Wege genau bemessen, bis hin zum Kiosk, wo «*kurz vor sechs*» die ausgefüllten Lottozettel abgegeben werden, die winzigen Hoffnungen auf Glück. Versteckte Armut wirkt in vielen der kleinen meisterlichen Erzählungen. *Adelheid Duvanel* (1936–1996) mit ihren einsamen Frauen, Rentnern, alleinerziehenden Müttern und nachdenklichen Kindern. Von einer Frau, die sich als «*überhäufte Bürokrat*» bezeichnet und deshalb kurz vor Weihnachten die Kündigung einreichen muss, erfährt man: «*Die Angst zu verarmen, hinderte sie daran, für*

Fast erhält man den Eindruck, man röhre hier an ein Tabu, denn Armut führt in der aktuellen Schweizer Literatur, trotz Rezession, weitgehend ein kryptisches Dasein.

sich Geschenke einzukaufen.» Hinter einer Wand leben diese Figuren, sind lauter «*Ohnemichs*», wie einer der Duvanel'schen Männer genannt wird. Ihre Welt «*hat in einem Schächtelchen Platz*». Sie sind «*am liebsten allein, ohne aber die Einsamkeit ertragen zu können*.» Kaum ein anderes Werk zeichnet so sehr die schweizerischen Signaturen der Armut in den achtziger und neunziger Jahren nach wie jenes *Adelheid Duvanel*. Die Autorin vermeidet in ihren präzisen Skizzen jede poetische Überhöhung. Hier bündelt sich, was die sog. Literaturkritik bei anderen Texten über Armutserfahrungen vermisst – ein hoher Kunstverstand und eigenes Erleiden. ♦

Robert E. Leu / Stefan Burri / Tom Priester, Lebensqualität und Armut in der Schweiz (unter Mitarbeit von Peter Aregger), Paul Haupt, Bern, Stuttgart, Wien, 2., überarbeitete Auflage 1997.

Ana Lang, Rauhnacht. Erzählung, Haymon, Innsbruck 1996.

Eveline Hasler, Ibicaba. Das Paradies in den Köpfen. Roman, Verlag Nagel & Kimche, Zürich 1985.

Walter Hauser, Bitterkeit und Tränen. Szenen der Auswanderung aus dem Tal der Linth und die Ausschaffung des heimatlosen Samuel Fässler nach Amerika, Limmat Verlag, Zürich 1995.

Franz Fassbind, Das Buch der Geheimnisse / Valentin. Erzählungen, Walter Verlag, Olten und Freiburg i. Br. 1988.

Gisèle Ansorge, Séverine. Roman. Aus dem Französischen von Irma Wehrli-Rudin, Limmat Verlag, Zürich 1991.

Rosalia Wenger, Rosalia G., ein Leben, Zytglogge, Bern 1978.

Laure Wyss, Mutters Geburtstag. Ein Bericht. Huber, Frauenfeld 1978.

Rosmarie Buri, Dumm und dick. Mein langer Weg, Verlag Der Alltag, Zürich und Frankfurt 1990.

Arthur Honegger, Armut. Roman, Huber, Frauenfeld 1994.

Margarete Traber, Liebe, Träume, hartes Brot. Roman, Verlag Gute Schriften, Zürich 1990.

Heidy Gasser, Saure Suppe. Eine Lebensgeschichte, Nussbaum Verlag, Basel 1993.

Jeanette Nussbaumer, Die Kellerkinder von Nivagl. Die Geschichte einer Jugend, Friedrich Reinhardt Verlag, Basel / Berlin 1995.

Lydia Portmann, Hofstettenvaganten. Roman einer Jugend, Zytglogge, Bern 1992.

Jörg Steiner, Der Kollege. Erzählung, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1996.

Adelheid Duvanel, Das verschwundene Haus. Erzählungen, Luchterhand Literaturverlag, Darmstadt 1988.